



Finanzkrise

**Umstellt von Regulierern?
Optionen linker Politik**

**Spekulation für den Standort
Warum die Banker den Staat
nicht fürchten müssen**

**Alles Amerika, oder was?
Die Ursachen der Krise
liegen auch in Europa**

Editorial	3
Stiftung	
Von der ersten Stunde an dabei	4
Mitgliederversammlung der RLS	5
Ausblick	
Linke Medienakademie	6
»Netze knüpfen« – Linke Themen besser in die Öffentlichkeit bringen	6
Rosa Luxemburg Konferenz	7
Deutsche gegen Deutsche – Das Schicksal der Juden 1938–1945	7
Rückblick	
Das Ende der freien Wissenschaft	8
Bericht	
DIE LINKE, das Fünfparteiensystem und die deutsche Politik	10
Ein Praktikum im Archiv Demokratischer Sozialismus – keine langweilige Sache	11
Thema	
Finanzkrise	12
Lutz Brangsch: Das Krisengeflecht	12
Axel Troost: Umstellt von Regulierern?	15
Rainer Rilling: After Bush	17
Stephan Kaufmann: Spekulation für den Standort	18
André Brie: Alles Amerika, oder was?	20
Mario Candeias: Radikale Realpolitik	23
Internationales	
Nachhaltigkeit und Demokratie	24
Das Weltsozialforum 2009: ein kritischer Ausblick	26
Rosa Luxemburg goes Europe	27
Stiftungsverbund	
Pluralität und Netzwerkarbeit	28
Rezension	
Rosa im Grips	29
Lesenswert	
Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht	30
Richard Müller	31

IMPRESSUM**RosaLux**

Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erscheint vierteljährlich

Herausgeberin

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische
Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

Redaktion

Erwin Heil, Peter Ostholt (V.i.S.d.P.),
Dorit Riethmüller, Marion Schütrumpf

Redaktionsschluss

15. Dezember 2008

Satz & Layout

Heike Schmelter

Gesamtherstellung

MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung

Auflage

5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt
aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff

Bestellung

Karin Malingriaux
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
malingriaux@rosalux.de

Titelfoto

Yan Peng/ChinaFoto/laif

Nicht gekennzeichnete Fotos

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, Dezember 2008
ISSN 1864-6794

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wie die Partei DIE LINKE selbst sieht sich die ihr nahe stehende Rosa-Luxemburg-Stiftung vor große gesellschaftliche Herausforderungen gestellt. Angesichts einer Krise, die weit über die Finanzmärkte hinaus Wirtschaftssysteme und Lebensweisen infrage stellen wird, muss es unser Ziel sein, einen gesellschaftlichen Diskurs über die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln, eine fundierte Gesellschaftsanalyse vorzunehmen und strategisch umsetzbare Alternativen zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem anzubieten. Das kann nach unserem Dafürhalten ausschließlich in einem emanzipatorischen, demokratisch-sozialistischen Rahmen vorstatten gehen. Kaum eine andere Organisation befasst sich in diesem Zusammenhang so intensiv mit der kritischen Analyse der Probleme des Finanzmarktkapitalismus wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Für diese Aufgaben können wir mittlerweile auf ein funktions- und handlungsfähiges Stiftungsgefüge zurückgreifen, das in einem bundesweiten und internationalen Netzwerk aufgeht und mit großer Professionalität die laufende Arbeit organisiert und sichert. Dies ist und war nur gemeinsam möglich. Wir haben uns ein erkennbares Profil als Stiftung des demokratischen Sozialismus mit eigenen Bildungsansätzen und konzeptionellen Angeboten auf ausgewählten Themenfeldern erarbeitet. Es ist uns gelungen, linke Akteure zu vernetzen, die sich sonst nicht begegnet wären. Wir haben stabile Kooperationsbeziehungen zu verschiedenen sozialen und politischen Organisationen aufgebaut. Bei all dem fühlen wir uns dem Wirken unserer Namenspatronin, Rosa Luxemburg, verpflichtet. Denn sie war es, die freie Räume für Andersdenkende und eine radikale Realpolitik eingefordert hat. Dementsprechend wollen wir unsere Arbeit ausrichten: radikal und real, engagiert und analytisch, sozialistisch und demokratisch.

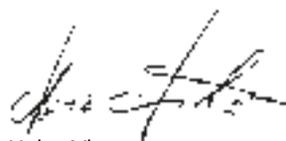
Ein hoher Anspruch. Die Anfang Dezember von der Mitgliederversammlung der Stiftung getroffenen Entscheidungen sollen helfen, ihm gerecht zu werden. Wir wollen die thematische Arbeit auf Schwerpunkte orientieren, die machbar sind. Wichtige Säulen werden dabei die neuen Bereichsstrukturen des »Institutes für Gesellschaftsanalyse«, der »Akademie für Politische Bildung« und des »Forums für internationalen Dialog« bilden. Hinter den strukturellen Eckpfeilern unserer

Bildungsarbeit stehen unsere vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer in der Bundesstiftung und den Landesstrukturen, denen ich hiermit einen großen Dank ausspreche. Ganz besonders hervorheben möchte ich dabei das langjährige Geschäftsführende Vorstandsmitglied Evelin Wittich. Sie wird auch weiterhin als Direktorin der »Akademie für Politische Bildung« eine entscheidende Rolle in der Rosa-Luxemburg-Stiftung einnehmen. Wir befinden uns auf dem Weg zu einer modernen, transparenten und zukunftsorientierten Stiftung, die ihrer Bildungs-, Vernetzungs- und Forschungsfunktion gerecht werden wird. Im nächsten Heft dieses Journals werden wir die Entscheidungen zur neuen Ausrichtung der Stiftung detailliert vorstellen.

Diese Ausgabe widmet sich ganz der aktuellen Finanzmarktkrise, im Mittelpunkt steht die Analyse ihrer Ursachen, Dimensionen und Auswirkungen. So geht etwa Lutz Brangsch der Frage nach, ob wir es mit einer isolierten Finanz- und Wirtschaftskrise oder den Anzeichen eines komplexen Krisengeflechts zu tun haben. Der Europaparlamentarier André Brie analysiert, wie die Deregulierungs-Politik der EU die Finanzmärkte angeheizt hat und räumt mit der hierzulande beliebten Argumentation auf, die Krise sei unverschuldet aus Amerika über uns hereingebrochen. Mit den strategischen Herausforderungen der Krise für eine linke Wirtschaftspolitik beschäftigt sich Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag.

Zusätzlich stellen wir die Ergebnisse der Stiftungsarbeit vor: Die Konferenz »After Bush« etwa, in der wir namhafte amerikanische Linke über Finanzmarktkrise und US-Wahlen debattieren ließen. Oder die Dokumentation der kommunalen Auswirkungen der Krise, erarbeitet in der Kommunalakademie der RLS. Oder Dieter Kleins neues Buch zum Krisenkapitalismus, der Auftakt einer neuen Publikationsreihe der RLS-Zukunftskommission.

Viele Freude beim Lesen dieser Ausgabe wünscht



Heinz Vietze



Dr. Heinz Vietze,
Vorsitzender des Vorstandes
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Christa Luft

Von der ersten Stunde an dabei

Evelin Wittich beendete ihre Tätigkeit als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS



Dr. Evelin Wittich

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1990 als Verein »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung« gegründet und im August 1996 vom PDS-Parteitag als bundesweite parteinahe Stiftung anerkannt, ist gerade volljährig geworden. Eine, die an der Wiege gestanden hat, im wahrsten Sinne des Wortes eine »Aktivistin der ersten Stunde«, ist Dr. Evelin Wittich. Von Anfang an gehörte sie dem Vorstand der RLS als Mitglied an und später langjährig als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Dem in der politischen Landschaft der BRD zunächst ungeliebten, schließlich geduldeten Kind hat sie nicht nur auf die Beine geholfen, sie hat es mit großgezogen und wesentlich geprägt. Bleibenden persönlichen Anteil hat Evelin daran, dass die RLS – die sechste und jüngste unter den politischen Stiftungen der Bundesrepublik – heute einen anerkannten Platz in der bundesweiten politischen Bildungsarbeit einnimmt und sich wachsenden Zuspruchs erfreut.

Aus meiner Zugehörigkeit zum Verein seit Gründungstagen, aus meiner zeitweiligen

Mitgliedschaft im Vorstand und zuletzt aus mehrjähriger Tätigkeit als Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung weiß ich aus eigenem Erleben: Die bis heute zurückgelegte Wegstrecke war für das Gesamtkollektiv und Evelin persönlich in vielerlei Hinsicht nicht unbeschwerlich, ja kraftraubend. Sie war mit dem Such- und Selbstfindungsprozess der sozialistischen Linken in Europa verbunden. Die einzige Ostgründung unter den politischen Stiftungen musste in Inhalt und Methode der Bildungsarbeit ihr eigenes Profil bestimmen. Die DDR-Vergangenheit war kritisch zu reflektieren, ohne sie zeitgeistgemäß in Bausch und Bogen zu verteufeln. Zugleich musste ein Angebot zur konstruktiven Debatte von Gegenwarts- und Zukunftsproblemen der Gesellschaft entwickelt werden. »Gesellschaftsanalyse« wurde zum Markenzeichen der RLS.

Hinzu kam, dass die RLS bis August 1999 von der Teilhabe an Bundesmitteln für die politische Bildung ausgeschlossen war. Viel persönliches Engagement, Durchhalte- und Durchsetzungsvermögen sowie Zuversicht gehörten bei Evelin und ihren damaligen Mitstreiterinnen und Mitstreitern dazu, ohne öffentliche Finanzierung die Profilierung der Stiftung voranzutreiben und mit der sozialistischen Grundströmung verpflichteten Bildungsangeboten an die Öffentlichkeit zu treten. Ein Netzwerk ehrenamtlicher Referentinnen und Referenten wurde aufgebaut, das sich bis heute bewährt. Das Studienwerk floriert, die Zahl der Auslandsbüros konnte ausgeweitet werden. Von Jahr zu Jahr konnten umfangreichere Bildungsprogramme konzipiert und realisiert werden. Evelin selbst widmete sich besonders den Themen Nachhaltigkeit und Frauen in der Gesellschaft. Eine Herzensangelegenheit war ihr der Umgang mit der Namenspatronin der Stiftung. Sie engagierte sich in der Internationalen Luxemburg-Gesell-

schaft, setzte sich für die Herausgabe von Rosas Werken ein und trat im In- und Ausland auf Luxemburg-Konferenzen auf.

Seit 1999 hat die RLS in den alten Bundesländern zunächst die Entwicklung ehrenamtlicher Bildungsträger gefördert. Inzwischen existiert dort überall auch hauptamtliche Unterstützung. Gerade wurde mit der Eröffnung des Regionalbüros in Hannover die letzte weiße Stelle auf der Büro-Landkarte getilgt. Im Osten Deutschlands war die Situation der Landesstiftungen auf Grund des parlamentarischen Kräfteverhältnisses von Beginn an weniger prekär. Trotzdem war auch hier eine dauerhafte Unterstützung im Rahmen des RLS-Stiftungsverbundes nötig, um das heutige Niveau bundesweiter Bildungsarbeit zu erreichen – inzwischen fast 2.000 Veranstaltungen im Jahr mit rund 50.000 Besucherinnen und Besuchern. Dass dieser kontinuierliche Ausbau mit großer Solidarität gerade der ostdeutschen Stiftungen erfolgte, dass trotz nicht unerheblicher materieller und politisch-kultureller Unterschiede ein gemeinsam agierender Verbund geschaffen wurde, war Evelin als Geschäftsführendem Vorstandsmitglied ein wichtiges Anliegen.

Wenn die Stiftung nach Beginn der öffentlichen Förderung 1999/2000 zusammengekommen ganze 14 Millionen D-Mark aus dem Bundeshaushalt bekam und im gleichen Zeitraum 41.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Veranstaltungen der RLS, der Landesstiftungen und Bildungsvereine gezählt werden konnten, spricht das für die intensive Arbeit des von Evelin geleiteten Kollektivs und seine wachsende Ausstrahlung. Waren Ende 2000 im Stiftungsverbund 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, so sind es bei ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand 110 in Berlin, den Bundesländern und in den Aus-

landsbüros. Sie hinterlässt, wenn dieser Vergleich auch nicht ganz stimmig ist, im Grunde ein mittelständisches Unternehmen, hervorgegangen aus einem ABM-Projekt mit einer Handvoll Enthusiasten. Sie alle können als Beispiel gelten für eine erfolgreiche Existenzgründung nach Abwicklung ihrer früheren Arbeitsstätten.

Nach dem Einzug der damaligen PDS als Fraktion in den Deutschen Bundestag im Jahre 1998 war zwar die öffentliche Förderung der ihr nahestehenden Stiftung nicht mehr zu versagen. Aber es blieb ein ständiger Kampf um die Höhe der ihr zustehenden Mittel. Diesen Kampf hatte Jahr um Jahr Evelin in Auseinandersetzung

mit den Vertretern der fünf anderen politischen Stiftungen auszufechten. Sie hat die Aufgabe erfolgreich gelöst und sich bei der Konkurrenz Respekt erworben.

Eine achtzehnjährige Arbeitsperiode im Vorstand der RLS ist für Evelin zu Ende gegangen. Es war für sie und die Stiftung insgesamt eine Zeit des Aufbaus und täglicher Fortschritte, eine Zeit, in der allerdings auch persönliche Enttäuschungen und Blessuren nicht ausblieben. Evelin wird weiterhin eine verantwortungsvolle Tätigkeit in der RLS ausüben. Dazu wünsche ich ihr vor allem Gesundheit, persönliches Wohlergehen, Befriedigung und Erfolg in neuer Position.

Mitgliederversammlung der RLS

*Die Jahresversammlung am 6. Dezember bestätigte den Vorstand im Amt
Neuer Geschäftsführer wird Florian Weis*

Die Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung wählte am 6. Dezember den neuen Vorstand der Stiftung. Im Amt des Vorstandsvorsitzenden bestätigt wurde Heinz Vietze, ebenso sein Stellvertreter Thomas Händel. Dr. Gesine Lötzsche löst als stellvertretende Vorsitzende Claudia Gohde ab, die für diese Funktion nicht wieder kandidierte. Als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied wählten die Mitglieder Dr. Florian Weis, der bisher in der RLS für die Koordinierung des Stiftungsverbands verantwortlich war. Seine Amtsvorgängerin Dr. Evelin Wittich scheidet aus dem Vorstand aus und wird Direktorin der Akademie für politische Bildung der RLS. Diese neue Struktur – hervorgegangen aus dem Bereich Politische Bildung – wurde neben dem Institut für Gesellschaftsanalyse (Direktor: Prof. Dr. Michael Brie) und dem Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Direktor: Dr. Helmuth Markov) durch Beschluss der Mitgliederversammlung etabliert. In seiner ersten Sitzung bestätigte der neue Vorstand auch die weiteren Leitungsfunktionen in den Bereichen Studienwerk (Direktorin: Dr. Katrin Schäffgen), Verwaltung (Leiterin: Rosel Mittelstädt), Finanzen/Controlling (Leiter: Dr. Klaus Meier), Archiv und Bilbliothek (Leiter: Dr. Jochen Weichold) und Öffentlichkeitsarbeit (Leiterin: Ramona Hering).

Neu in den um ein Mitglied vergrößerten Vorstand gewählt wurden Peeter Raane, Vorsitzender der RLS Nordrhein-Westfalen und Prof. Dr. Christa Luft. Im

Amt bestätigt wurden: Prof. Dr. Alex Demirović, Claudia Gohde, Dr. Stefanie Ehmsen, Dr. Thomas Flierl, Prof. Dr. Dieter Klein, Dr. Sabine Reiner.

Beschlossen wurden auch Änderungen der Bereichsstruktur

Als neue Mitglieder des Vereins nahm die Versammlung auf: Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Prof. Dr. Dr. Raúl Fonet-Betancourt, Dr. Bärbel Grygier, Heinz Hillebrand, Dr. Hans Modrow, Inga Nitz, Helga Nowak, Dr. Harald Pätzolt, Peeter Raane, Prof. Dr. Werner Ruf, Winfried Schebesch, Norbert Schepers, Horst Schmitthener, Sahra Wagenknecht, Dr. Ulrich Wolf, Ulrike Zerhau und Dr. Florian Weis. Unter diesen Neumitgliedern befinden sich auch Angehörige des im Frühjahr 2008 aufgelösten Kuratoriums der RLS.

Nachfolger des Kuratoriums ist ein wissenschaftlicher Beirat, der die Stiftung bei der Schwerpunkt- und Themensetzung berät. Diesem gehören an: Prof. Irene Dölling, Prof. Margit Mayer, Prof. Kornelia Hauser, Prof. em. Frigga Haug, Prof. Birgit Mahnkopf, Prof. Birgit Sauer, Dr. Silka Scholz, Dr. Franziska Wiethold, Prof. em. Frank Deppe, Prof. em. Jörg Huffs Schmid, Prof. Michael Krätke, Prof. Stefan Lessenich, Prof. Manfred Neuhaus, Prof. Rolf Reißig, Dr. Albert Scharenberg, Dr. Thomas Seibert.

Vorstand der RLS



Heinz Vietze,
Vorsitzender



Gesine Lötzsche, stell-
vertretende Vorsitzende



Thomas Händel, stell-
vertretender Vorsitzender



Florian Weis, Geschäfts-
führendes Mitglied

Alex Demirović,
Claudia Gohde, Stefanie
Ehmsen, Thomas Flierl,
Dieter Klein, Peeter Raane,
Sabine Reiner



6. Akademie für linke Medienmacher/innen
 Berlin 5. – 8. März 2009
 Vorträge | Ausstellungen | Workshops | Networking
 Unterstützt von Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jetzt anmelden!

www.linke-medienakademie.de

**Linke Medienakademie
 5.–8. März 2009**

**Tagungszentrum Franz-Mehring-
 Platz 1, 10243 Berlin**

Unter anderem mit Heinz Vietze, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Dr. Jens-Peter Heuer, Staatssekretär Berlin; Dr. Gregor Gysi; Prof. Bascha Mika, Chefredakteurin der taz; Jürgen Reents, Chefredakteur von NEUES DEUTSCHLAND; Norbert Küpper, Experte für Zeitungsgestaltung; Tissy Bruns. Über 120 Veranstaltungen machen »fit für den Medienalltag«.

Diskussionen, Vorträge, Workshops, Intensiv-Kurse sowie Exkursionen in den Bereichen Neue Medien, PR- und Öffentlichkeitsarbeit, Journalistische Genres und Praxis, Bildbearbeitung, Layout und Illustration sowie Wissensmanagement.

Programm siehe
www.linke-medienakademie.de
 LiMA twittert unter
http://twitter.com/Li_MA

Die Bildungsangebote der Linken Medienakademie (LiMA) sind als Bildungsurlaub anerkannt.

»Netze knüpfen« – Linke Themen besser in die Öffentlichkeit bringen

Interview zur 6. Akademie für linke Medienmacher/innen

Heiser: Seit wann gibt es die Linke Medienakademie?

Hüttner: Die Medienakademie entstand aus Kursangeboten für Zeitungsprojekte der PDS. 2008 war der Quantensprung: Die Akademie fand erstmals in Kooperation mit der RLS statt. Etwa 300 Menschen nahmen an der 5. Akademie 2008 teil. Für 2009 rechnen wir mit noch mehr Interesse.

Heiser: Ihr sprecht also jetzt das gesamte linke Spektrum an?

Hüttner: Ja, die politische Debatte wird in den Medien geführt. Aber gesellschaftlicher Druck braucht Prozesse von unten. Der entsteht aus Diskussion und Organisation an den realen Orten, an denen Menschen zusammenkommen. Das geschieht in Initiativen und Parteien, in Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen, im Stadtteil. Wer sich hier engagiert, braucht auch ein mediales Sprachrohr. Unser Ziel, das wir in Teilen auch schon erreichen, ist es, Menschen aus Gewerkschaften, politischen Initiativen, der Zivilgesellschaft, aus lokalen Onlineprojekten oder freien Radios anzusprechen. Wir verstehen die Akademie für linke Medienmacher/innen als einen Ort derjenigen, die für eine demokratische, soziale und solidarische Republik eintreten und Medienarbeit als Feld politischen Handelns ansehen. Dieses Jahr konnten wir – mit

diesem Impuls – neben dem bisherigen Partner »Neues Deutschland« auch die »taz« als Medienpartner gewinnen.

Heiser: Was erwartet die Teilnehmer am ersten Märzwochenende?

Hüttner: Kurz gesagt: Wir bieten Weiterbildung, Diskussionen und Vernetzung. Das bedeutet preiswerte Weiterbildung auf hohem Niveau, aber auch Einführungen für Starter. Wichtig sind uns die politische Diskussion sowie das Networking mit und unter Gleichgesinnten. Wir wollen, die Obama-Kampagne macht das mehr als deutlich, die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters verstärkt nutzen, uns also nicht nur auf gedruckte Produkte konzentrieren. Ich freue mich besonders auf Bascha Mika von der taz, die ja die einzige leitende Redakteurin einer überregionalen Zeitung in Deutschland ist.

Heiser: Wie geht es weiter?

Hüttner: Wir möchten die Akademie als größten Treffpunkt linker und alternativer Medienschaffender in Deutschland etablieren und das Workshopangebot für Jugendliche und Studierende gezielt erweitern.

Bernd Hüttner ist Regionalmitarbeiter der RLS in Bremen und seit 2008 an der Linken Medienakademie beteiligt. Die Fragen für RosaLux stellte Klaus-Dieter Heiser, Berlin.

Rosa-Luxemburg-Konferenz

Am 16. und 17. Januar 2009 in Berlin

Im Januar 2009 jährt sich zum 90sten Mal der Tag der Ermordung Rosa Luxemburgs. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung nimmt dies zum Anlass gemeinsam mit der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in einer zweitägigen Konferenz das Leben dieser leidenschaftlichen Streiterin für Gerechtigkeit

wissenschaftlich, kulturell und politisch zu beleuchten. Dabei wird vor allem die historische Situation zum Zeitpunkt ihrer Ermordung in den Fokus gerückt und ein Blick auf die Rolle ihrer MitstreiterInnen geworfen. Wer ist diese Rosa Luxemburg, die ange treten war, die Massen für den Kampf um

Freiheit und Gleichheit zu mobilisieren? Die ihrer eigenen Partei, der Sozialdemokratie, alsbald zu radikal und zur ärgsten Feindin wurde? Entschlossen und energisch bekämpfte sie den extremen Nationalismus, wie er Deutschland vor und während des 1. Weltkriegs kennzeichnete. Diesen Kampf bezahlten sie und ihr wohl bekanntester politischer Weggefährte Karl Liebknecht 1919 mit ihrem Leben. Sie ist die erste Frau, die – einer Cassandra gleich – die Globalisierung, wie wir sie heute kennen, vorhergesehen hat, die sich vorstellte, wie der Kapitalismus sich über die ganze Welt verbreiten wird und wie dieser nur vom Profitstreben getragene Kapitalismus, einer inhumanen Gesellschaft den Weg bereitet und Werte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, zunehmend verdrängt. Der Titel der Konferenz »...Mit einem Worte, die Demokratie ist unentbehrlich«, die am 16. und 17. Januar 2009 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin stattfinden wird, ist zugleich Vermächtnis und Aufforderung für die Linke. Die Idee von den Widersprüchen im Kapitalismus, die revolutionäre Zustände herbeiführen, ist hoch aktuell. Rosa Luxemburgs leidenschaftliches Engagement gegen alle gesellschaftlichen und persönlichen Fesseln ist auch heute vorbildhaft und regt zur Nachahmung an. Jenseits ihrer politischen Bedeutung ist Rosa Luxemburg

auch als unkonventionell lebende Frau, die nie verheiratet war interessant. Auch diese Seite ihres Lebens, mit allem Sentimentalen, einer starken Sehnsucht nach Nähe und der Zerrissenheit zwischen Liebe und Pflichterfüllung, wird thematisiert.

Hervorzuheben ist die Podiumsdiskussion am Freitagabend (16. Januar 2009, 19 Uhr) mit: Margarethe von Trotta, Regisseurin des Films »Rosa Luxemburg« (ausgezeichnet mit dem Bundesfilmpreis), Katja Kipping, Stellvertretende Parteivorsitzende: DIE LINKE und Mitglied des Bundestages, Anneliese Laschitzka, Historikerin, Mitherausgeberin der Werke Rosa Luxemburg und Moderator Alfred Eichhorn vom InfoRadio des RBB.

Auch am Samstag werden Schauspieler des GRIPS-Theaters eine Kostprobe ihres Könnens geben und Auszüge aus dem neu konzipierten Stück »Rosa« aufführen (siehe Seite 29).

ROSA LUXEMBURG KONFERENZ

16. | 17. Januar 2009
Münzenbergsaal
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin



Foto: Nils Brenner

Schauspielerin, Regisseurin und Drehbuchautorin Margarethe von Trotta (* 21. Februar 1942 in Berlin)

Deutsche gegen Deutsche – Das Schicksal der Juden 1938–1945

Moshe Zimmermann hat das Schicksal der deutschen Juden von der rechtlichen Ausgrenzung über die »Arisierung« bis hin zum sozialen und physischen Tod umfassend analysiert. Daraus ergeben sich neue Erkenntnisse über die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung durch die Nationalsozialisten sowie die Reaktionen von Opfern, Tätern und Zuschauern. Er beschreibt auch die Situation der deutschen Juden in den Ghettos im Osten und in der Emigration sowie das Fortbestehen einer deutsch-jüdischen Identität und Kultur.

Die vielfältigen Gruppierungen im deutschen Judentum konfrontiert Zimmermann mit dem schematischen Bild vom Juden in der Vorstellungswelt der Nazis. So kommt er zu differenzierten Urteilen über Solidarität, jüdischen Widerstand und Kollaboration. Dieses Standardwerk stützt sich auf amtliche Doku-

mente, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen und spätere Aussagen vor Gericht.

Moshe Zimmermann, geb. 1943 in Palästina als Sohn einer Hamburger Familie die 1937 emigrierte, ist Leiter des Richard-Koebner-Instituts für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. 2002 erhielt er den im Namen der Universität Tübingen vergebenen Dr.-Leopold-Lucas-Preis und 2006 den Lessing-Preis für Kritik.

LESUNG MIT DEM AUTOR

- 28.1.2009, 20 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
 - Am 29.1.2009, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
- In Kooperation mit dem Aufbau-Verlag*



Moshe Zimmermann
Deutsche gegen Deutsche
Das Schicksal der Juden 1938–1945
315 Seiten, gebunden
Aufbau-Verlag 2008
ISBN 978-3351026707



Hochschulen in der Kommerzialisierungsfalle: Volkswagen-Bibliothek an der TU Berlin

Julia Killet

Das Ende der freien Wissenschaft

Die Hochschulen in Deutschland sind im Umbruch. Die Studienreform, Landesgesetze wie das so genannte »Hochschulfreiheitsgesetz« in Nordrhein-Westfalen und der Bologna-Prozess (das europäische Hochschul-Abkommen) haben die Universitäten radikal verändert. Zeit für eine kritische Zwischenbilanz.

Unter dem Titel »Die unternommene Hochschule: Studium, Lehre und Forschung als Ware« rief die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW in Kooperation mit dem AStA der Universität Bonn, dem Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi), dem Freien Zusammenschluss von StudentInnenenschaften (fzs), den StudentInnen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Vereinigung Demokratischer JuristInnen (VDJ) zur Diskussion und Reflexion

auf. In ihren »Bonner Thesen« (siehe Kasten) legten SprecherInnen der Veranstalter ihre Sicht und ihre Forderungen zur Situation an den Hochschulen vor.

Die Hochschulen befänden sich »im Mahlstrom unterschiedlicher Ideologien«, sagte einleitend der Rektor der Universität Bonn, Professor Matthias Winiger. In dieser Situation dürfe sich die Politik nicht einfach aus der Verantwortung stehlen. Zur Verblüffung vieler Teilnehmer stellte er ausdrücklich fest, dass er viele Aussagen der »Bonner Thesen« teile.

Weniger zurückhaltend formulierte der Frankfurter Rechtswissenschaftler Professor Peter-Alexis Albrecht, seine Anliegen: Er sprach von der »verkommenen und zerstörten Hochschule«. Die Studenten seien Ob-

jekte von Lehre und Prüfung geworden, die Universität eine behördlich geführte Schule mit einem Rest von Selbstverwaltung. Nicht nur den Studenten, sondern auch den Professoren würde die Zeit zum Nachdenken geraubt, indem sie gezwungen werden, als Bittsteller Drittmittel einzuwerben. Letztendlich werde »die freie Wissenschaft vernichtet«, so Albrecht.

An diese Meinung knüpfte auch Wolfgang Lieb, ehemaliger Staatssekretär im Wissenschaftsministerium von NRW an: »Pinkwart hat ein anderes Verständnis von Wissenschaft.« Für den gegenwärtigen Wissenschaftsminister in NRW sei Wissen ein Produkt, die Studierenden Investoren und Kunden, die Uni ein Unternehmen und die Hochschullehrer das Personal. »Der Staat

zieht sich aus seiner Verantwortung zurück, der Bertelsmann-Konzern steht mit seinem Geld über dem politischen System«, ärgerte sich Lieb. Sein Fazit: Marktwirtschaftlicher Wettbewerb zur Steuerung der Hochschule sei ein falscher Weg.

Kritik an den so genannten Elite-Universitäten äußerte der Darmstädter Elitenforscher Professor Michael Hartmann: »Die Unis, die im Wettbewerb als Sieger dastehen wollen, werden aus dem Problem der übervollen Lehre Konsequenzen ziehen und die Zulassung der Studenten begrenzen.« Eine Elitehochschule sei bald nur noch wenigen Menschen zugänglich, nämlich denen aus den oberen Schichten. Besonders verärgert äußerte sich Hartmann über die fehlende Solidarität der Professoren. Proteste gäbe es nur von Seiten der Studierenden, wie in Hessen, wo die StudentInnen vor einem Fußballspiel die Autobahn blockierten.

In der Workshop-Phase diskutierten die über 100 TeilnehmerInnen mit renommierten ReferentInnen über Themen wie den Bologna-Prozess, die gesellschaftliche Funktion der Universität, über Studiengebühren oder die Steuerung der Hochschule. Besonders kontrovers verlief die Debatte zu »Hochschulsteuerung zwischen Management und Selbstverantwortung« – nicht zuletzt, weil der Referent hier Professor Frank Ziegele, Geschäftsführer der CHE-Consult (Bertelsmann-Stiftung) war. Die hochschulpolitische Agenda der Stiftung war bereits in den Eröffnungsvorträgen kritisiert worden.

Die Zukunft der »unternommenen Hochschule« diskutierte das Schlussplenum der Konferenz. Bei dieser Entwicklung könne »das Rad nun nicht zurück gedreht werden«, so Andreas Keller von der GEW. Als bisheriges Ergebnis der Hochschulreformen konstatierte er eine gesteigerte Mobilität, jedoch keine Verbesserung der Studienbedingungen an sich. Bianka Hilfrich (fzs/ASTa Bonn) fand es problematisch, dass den StudentInnen neben dem Lernen keine Zeit für gesellschaftliches Engagement bleibe und widersprach heftig dem Prorektor der Universität Bonn



und NRW-Vorsitzendem des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) Professor Löwer, der die Situation der Hochschulen bei aller Kritik nicht katastrophal fand.

Torsten Bultmann (BdWi) forderte die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen zurück. Wissenschaft dürfe nicht als Ware oder Produkt verstanden werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird die mit dem Kongress und den »Bonner Thesen« begonnene Diskussion fortführen.

Julia Killet ist Promotionsstipendiatin der RLS und Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. Mehr zu der Veranstaltung und den Thesen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16572>.

Die »Bonner Thesen« KURZFASSUNG

1. Neue Studienstrukturen sind überfällig:
Wissenschaftliche Qualifikation statt Verunsicherung und Verschulung
2. Wir fordern: Demokratisch legitimierte Strukturen statt einer unternehmensförmigen Organisation
3. Die Gesellschaft braucht den Wettbewerb der Ideen statt Profilbildung und Konkurrenz
4. Demokratie bedeutet: Soziale Öffnung der Hochschulen statt neuer Zugangshürden
5. Wir brauchen:
 - Hochschulen als Räume des Denkens, Forschens, des Lehrens und Lernens frei von Zwängen der Marktlogik
 - Freien Zugang zu wissenschaftlicher Bildung
 - Tragfähige Konzepte einer wissenschaftlichen Qualifizierung
 - Eine selbstbestimmte, kritische Qualitätsdiskussion
 - Ausreichende öffentliche Investitionen in die Hochschulen und die Bildung
 - Eine Alternative zur unternehmerischen Hochschule!

Vollständiger Wortlaut: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16572#thesen>



Cornelia Hildebrandt

DIE LINKE, das Fünfparteiensystem und die deutsche Politik

Menschenrechte und Sozialismus

Die Geburtsstunde der Menschenrechte ist zugleich auch die Geburtsstunde des Kampfes der Besitzlosen, der Sansculotten der Großen Französischen Revolution, aus den Bürgerrechten der Privilegierten Rechte aller Menschen werden zu lassen. Dieser unteilbare Zusammenhang von Freiheit und sozialen Rechten war das zentrale Anliegen Oskar Lafontaines, als er am 4. Dezember zum Anlass des 60. Jahrestags der UN-Menschenrechtsdeklaration in der RLS sprach. Die gegenwärtige Regierungspolitik verwende dagegen das Thema Menschenrechte oft einseitig und instrumentell, stellte der Partei- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN fest.

Lafontaine zum Schluss seiner Rede: »Heute wird es immer klarer: Es geht nicht um Menschenrechte oder Sozialismus, sondern um Menschenrechte und Sozialismus. Dies heißt aber auch: Menschenrechte durch Sozialismus und sozialistische Politik als praktische Politik für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Hier, in der Stiftung, die den Namen Rosa Luxemburgs trägt, möchte ich wiederholen: Freiheit braucht Gleichheit, sonst wird sie zur Ausbeutung. Und Gleichheit braucht Freiheit, sonst wird sie zur Unterdrückung. Aber die Wurzel von beidem ist Solidarität, ist der tätige Einsatz für die gleiche Freiheit anderer. Rosa Luxemburg wusste dies, hat dies gelebt und hat dafür ihr Leben gegeben. Sozialisierung, Demokratie und Frieden waren für sie die Grundbedingungen, damit Menschen in Würde leben können. Zu diesem großen Erbe stehen wir.«

Text und Tonmitschnitt:
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17652>

Nach den Parlamenten erreicht das Fünfparteiensystem auch die deutsche Politikwissenschaft. Inzwischen geht die Zunft von einer dauerhaften Etablierung der LINKEN auf allen politischen Ebenen aus und stellt Fragen nach den Konsequenzen: Mögliche Koalitionen, linke Mehrheiten, deren Stabilität und Akzeptanz, Durchsetzungsfähigkeit linker Politik im föderalen System, Zustand und Perspektiven der Linkspartei. Ein Symposium der RLS am 21. November – das erste in einer vom Gesprächskreis »Parteien und soziale Bewegungen« geplanten Reihe – stellte den Stand der Forschung dar und diskutierte an einigen spannenden Punkten weiter.

Eine prinzipiell offene Wettbewerbssituation zwischen den Großparteien und den kleinen Parteien macht Professor Niedermayer aus, der das »fluide Fünfparteiensystem« bereits 2000 in die Diskussion brachte. Der wissenschaftliche Leiter des Otto-Stammer-Zentrums der FU Berlin beschrieb in seinem Einführungsbeitrag die Dynamiken des gegenwärtigen Parteiensystems. Frühere strukturelle Asymmetrien zugunsten der CDU hätten sich demnach aufgelöst, über den Ausgang dieses Wettbewerbs wird in Wahlkämpfen immer wieder neu entschieden. Linke Mehrheiten, so Niedermayer, scheitern gegenwärtig an der unklaren Positionierung der SPD zwischen Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit. Die nachlassende Bindungskraft der Großparteien führt zunehmend zu Dreierkoalitionen oder aber zu großen Koalitionen.

Diskutierte Alternativen hierzu sind Minderheitsregierungen oder sogar Änderungen

des Wahlrechts. Aber letzteres wurde laut Professor Decker von der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, bisher stets im Konsens verabschiedet, den es gegenwärtig hierzu nicht gibt. Niko Switek, Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen, ging davon aus, dass Parteienkoalitionen nicht mehr zwingend die gemeinsamen Schnittmengen von Parteien darstellen, sondern Koalitionen sich auch als inhaltlich ergänzende Zweckbündnisse auf Zeit verstehen können – siehe Hamburg.

Parteienforscher Dan Hough (University of Sussex) beschrieb, wie das föderale System auf die Machtverteilung innerhalb der Partei DIE LINKE wirkt. Seit 2007 prägt die Partei ein höheres Maß an vertikaler und horizontaler Integration. Aber gerade vor dem Hintergrund ihrer ideologischen Heterogenität braucht sie nach 2009 eine ausgearbeitete Programmatik. Wie die Linke mit dieser Heterogenität umgehen kann, zeigte der Beitrag von Professor Schröder, Universität Kassel, am Beispiel der Linken in Hessen: ein zerstrittener Haufen im Sommer 2007, der sich im Verlauf des Wahlkampfs zu einem zusammenarbeitenden Team entwickelte, das zu kämpfen verstand – als Teil des Projektes »Koch muss weg«. Dieses parteienübergreifende Projekt jedoch gibt es Januar 2009 nicht mehr. Aber nicht nur das: Angesichts der Wirtschaftskrise werde aus dem *Gerechtigkeitsdiskurs* ein *Sicherungsdiskurs*, auf den sich auch Linke werden einstellen müssen.

Ist DIE LINKE die Partei der Hoffungslosen und Abgehängten, wie im Beitrag der Politikwissenschaftler Manuela Kulik und Holger



Gedächtnis der LINKEN: das Archiv Demokratischer Sozialismus. Praktikant Marcel Ruhl (r.)

Onken dargestellt? In deren Wähleranalyse zu Linkspartei-Hochburgen in Niedersachsen (am Beispiel der drei kreisfreien Städte Oldenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven) verorten sich die Wähler der LINKEN eher in der Unter- oder Mittelschicht der Gesellschaft. Aus der Sicht von Kulik und Onken sind 36 Prozent der Linkspartei-Wähler auch überzeugte Anhänger dieser Partei, 40 Prozent sind potenzielle Stammwähler und 23 Prozent Protestwähler. Gerade sie sind am wenigsten mit der Demokratie zufrieden. Wähler der Linken sind stark an sozialer Gerechtigkeit interessiert und sehen mit Sorge in die eigene Zukunft.

Aber sind nun – bei aller Koalitionsarithmetik – derzeitige Parteienbündnisse in der Lage, Krisen zu lösen, von denen ja die Finanzmarktkrise nur eine ist? Dazu debattierte Dieter Klein, Leiter der Zukunftskommission der RLS, mit Professor Hubert Kleinert, Politologe an der Fachhochschule für Verwaltung in Wiesbaden und Mitglied der Zukunftskommission der Landesregierung in NRW. Dieter Klein verwies darauf, dass drängende Probleme schnelle Lösungen erfordern, zugleich aber linke Mehrheiten nicht in Sicht sind. Wie also lässt sich unter diesen Bedingungen ein transformatorischer Prozess einleiten, der die Profitdominanz überwindet zugunsten eines Lebens in Würde, sozialer Sicherheit und Solidarität? In diesem Sinne hält Klein an der Systemfrage fest, von der Hubert Kleinert annahm, dass die Linkspartei sie inzwischen sozialdemokratisch entsorgt habe. Immerhin, so Kleinert, gebe es eine tendenzielle Mitte-Links-Mehrheit in der Wählerschaft. Nur stehe dahinter kein deutlich erkennbares inhaltliches oder auch nur machtpolitisches Projekt. Dabei habe DIE LINKE, mit ihrer Präsenz als Oppositionspartei zur Sozialdemokratisierung der politischen Agenda beigetragen, das gestand Kleinert ihr zu. Nun kommt es darauf an, so Dieter Klein, daraus einen Richtungswechsel der Politik werden zu lassen.

Dokumentation mit allen Beiträgen:
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16443>

Ein Praktikum im Archiv Demokratischer Sozialismus – keine langweilige Sache

Staubige Kellerräume, in der greise Herren und Damen mit Ärmelschonern Aktenbündel von A nach B tragen und ab und an einen Gast betreuen, wenn sie überhaupt die Türen öffnen: Viele Mitmenschen stellen sich so in etwa ein Archiv vor. Als Student der Archivwissenschaft weiß ich natürlich, dass dieses Klischee in der Regel nicht stimmt, war aber trotzdem überrascht, als ich Ende Juli mein achtwöchiges Praktikum im »Archiv Demokratischer Sozialismus« bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung antrat.

Bei diesem Archiv handelt es sich, im Vergleich mit den anderen Parteiarchiven, um das Jüngste. Da die Aufgabe des ADS in der Sammlung, Erschließung, Bewahrung und der Zugänglichmachung der Quellen zur Entwicklung der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerorganisationen besteht, liegen hier kaum Akten in den Regalen, die vor 1989 datieren. Es geht also nicht primär darum, die vorhandene Überlieferung zu bewahren. Vielmehr wird die Überlieferung erst gebildet, indem Akten der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der PDS bzw. LINKEN sowie Nachlässe von Parteimitgliedern übernommen und erschlossen werden.

Mein Projekt war die Übernahme der Archivalien der Landesgeschäftsstelle DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern – eine Premiere, da bisher aus den Ländern in diesem Umfang keine Akten übernommen wurden. Die Arbeit mit diesen Archivalien war spannend, da sich in diesem Bestand nicht nur inhaltlich interessante Zeugnisse der Arbeit der Landtagsfraktion, sondern auch alle erdenklichen Trägermedien befinden, die einen Archivar beschäftigen können. Angefangen von Papier über Videokassetten bis hin zu digitalen Datenträgern wie CD-ROM und Disketten, aber auch Tonbandmitschnitte von Parteitagungen. Hier wird es in der Zukunft um eine angemessene Lagerung der Datenträger und um die Digitalisierung der Daten gehen, wenn sichergestellt werden soll, dass die Dateien auch noch in 5, 50 oder sogar 500 Jahren gelesen und genutzt werden können.

Marcel Ruhl studiert im 6. Semester der Informationswissenschaften (Archiv) an der FH Potsdam.

Mehr über das Archiv Demokratischer Sozialismus unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=archiv>

Lutz Brangsch

Das Krisen-geflecht

Krisen kommen und gehen im Kapitalismus – außergewöhnlich ist ihre komplexe Verflechtung



»Bank Run« mit britischer Höflichkeit: Betroffene Kunden vor einer Filiale der »Northern Rock«, einem der ersten Opfer der

Wirtschafts- und Finanzkrisen sind in der Geschichte meist mehr gewesen als bloße Eruptionen der durch die kapitalistische Art des Produzierens angestauten Widersprüche. Sie sind Phasen, in denen Kräfteverhältnisse sich ändern, in denen neue Akteure ihr Recht auf Gesellschaftsgestaltung deutlich machen und bestimmte Entwicklungsrichtungen aus einem Spektrum von Möglichkeiten heraus dominant werden. Krisen lüften für Momente den Schleier der »Wohlanständigkeit« von Geschäften, stellen die Eliten bloß, produzieren aber auch in sonst getrennten gesellschaftlichen Schichten den Schein gemeinsamer Betroffenheit. Deshalb ist es nötig, genau hinzuschauen, will man nicht auf Scheinlösungen hereinfliegen.

Die Beschäftigung mit Konjunkturentwicklungen und Krisenzyklen war auch aus linker Sicht immer ein wichtiger Teil ökonomisch-politischen Denkens. Es war und ist dabei notwendig, neben den beständigen Elementen von Krisen auch ihre jeweilige Spezifik zu kennzeichnen, um daraus Interessenkonstellationen und politische Handlungsmöglichkeiten ableiten zu können.

Analyse wie auch Alltagsverstand unterstellen dabei, dass es immer »irgendwie« weitergeht. Bisher war das richtig – es ist aber nicht gesagt, dass dies auch immer so sein wird. Der entscheidende Punkt ist: Handelt es sich um eine »gewöhnliche« oder um eine »komplexe« Krise? In letzterem Szenario entwickeln sich die sonstigen Krisenfaktoren – Verschärfung der Klimasituation (Klimakrise), anwachsender Hunger (Ernährungskrise), Erschöpfung nichtreproduzierbarer Rohstoffe (Rohstoffkrise) usw. – nicht unabhängig neben der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern sind organisch miteinander verbunden. Eine solche Position

vertritt etwa Elmar Altvater (»Vierfach-Krise des Kapitalismus«).

Vom Ergebnis dieser Analyse – »gewöhnliche« oder »komplexe« Krise – hängt die Strategie politischen Handelns ab: Geht es, wenn die Linken sich in der Krise neu positionieren wollen, »nur« darum, die Probleme nacheinander und getrennt anzugehen, oder ist ein stärker integrierter Ansatz nötig? Was aber heißt es für die politische Aktion, wenn die Dinge nur im Komplex betrachtet werden können? Welches sind die neuralgischen Punkte, die auf das Krisengeflecht im Zusammenhang einwirken und die man in diesem Falle politisch angreifen muss? Diese Fragen sind wichtiger als die danach, ob es sich nun um eine Krise »des« Neoliberalismus oder nur eine Krise »im« Neoliberalismus handelt.

Gibt es also Besonderheiten in der gegenwärtigen Krise, die es rechtfertigen, von ei-



Subprime-Krise (Brighton, Sussex, September

Foto: Dominic Alves/Flickr

Änderung früherer Vorgaben das 700-Mrd.-Dollar Hilfspaket für die Absicherung von Privatkrediten einzusetzen, dürfte zu einem weiteren Anwachsen der Staatsverschuldung der USA führen, die ihrerseits ja über Verkauf von Staatspapieren vom Rest der Welt zu finanzieren ist. Daneben steht weiter das Bündel globaler Krisen, die auf eine Krise der Lebensweise, vor allem im Norden, hinauslaufen.

Gibt es aber Prozesse und Erscheinungen, die zwischen diesen einzelnen Krisen vermitteln? Fragen wir nach dieser Art Besonderheiten, so lassen sich tatsächlich einige Punkte hervorheben, die in dieser Weise in Krisen der früheren Jahre nicht anzutreffen waren. Folgende Faktoren charakterisieren die gegenwärtige Situation als eine umfassende, verflochtene Krise:

Erster Faktor: Grenzen des Wachstums

Die Krise der Naturverhältnisse beschränkt zunehmend bestimmte Lösungsmöglichkeiten für die Wirtschaftskrise, insbesondere die extensive Erweiterung des Ressourcenverbrauchs als klassischen Wachstumspfad. Krisen waren immer auch Prozesse, in denen die Durchsetzung neuer Technologien befördert wurde und die darauf folgende Erschließung neuer bzw. anderer natürlicher Ressourcen ein Moment der Krisenbewältigung war. Dieser Weg ist abgeschnitten. Die Restrukturierung der Wirtschaft in allen ihren Teilen muss die globalen Krisen unmittelbar berücksichtigen, gleichzeitig muss der Zustand der globalen Natur sich in ökonomischen Entscheidungen unmittelbar niederschlagen. Insofern ist das Szenario eines mit autoritären Zügen verbundenen grünen Kapitalismus als Krisenlösung durchaus denkbar. Ob es sich durchsetzt, steht auf einem anderen Blatt – Fakt ist, dass das bisherige Wachstumsmodell sich immer weiter seinen Grenzen nähert. Da etwa der Klimawandel unmittelbar mit sozialen Krisen in weiten Teilen der Welt verbunden ist, Lösungen dieser Krisen aber ohne materielle Umverteilungen von Nord nach Süd nicht

möglich sind, dies aber wiederum Konsequenzen für Haushaltspolitik und Konsum im Norden hat, zeigt sich hier vielleicht am deutlichsten die Verflechtung der Krisenprozesse.

Zweiter Faktor: Krise des Risiko-Managements

Vordergründiges Ziel der Konstruktion der »innovativen Finanzprodukte« wie etwa der Derivate war eine breite Streuung des Risikos. Man meinte (und dafür gab es Nobelpreise), mit dieser breiten Streuung würde das Risiko von Verlusten in Wertpapiergeschäften für die einzelnen Anleger minimiert. Dieser Glaube hat sich als falsch erwiesen. Mit breiterer Streuung verschwindet das Risiko nicht – es wird nur anders verteilt. Da die Papiere selbst wieder Instrument der Finanzierung anderer Unternehmungen wurden, schlugen massenhafte Zahlungsausfälle entsprechend breit erst im Finanzsektor selbst, dann auch in der übrigen Wirtschaft durch. In diesem Zusammenhang ist noch ein zweiter Gesichtspunkt von Bedeutung. In einigen Wertpapieren (z. B. Wetterderivaten) wurde die Umweltkrise selbst Gegenstand des Handels. Diese Tendenz dürfte durch den Handel mit Emissionsrechten sogar noch verstärkt werden. Wenn jetzt über Regulierung derartiger Geschäfte gesprochen wird, greift dies zu kurz – die Papiere ziehen ihre Attraktivität eben aus einer zwischen den verschiedenen Sektoren vermittelnden Wirkung. Sie sind ihrer Geschäftsgrundlage nach das Problem.

Dritter Faktor: »Finanzialisierung« der Gesellschaften

Drittens sehen wir einen Wandel der Struktur der Finanzoligarchie, also der sozialen Schicht, die unmittelbar auf die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Strukturen Einfluss nimmt. Zwei Prozesse sind dabei für die sich dort entwickelnden Interessenlagen zentral: zum einen die weitere Internationalisierung durch massiven Eintritt von Akteuren vor allem aus den BRIC-Staaten (Brasilien,

ner umfassenden, komplexen Krise zu sprechen?

Zunächst einmal ist diese Krise eine Finanzkrise – dies ist hinreichend beschrieben und Schwerpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Sie ist weiterhin eine Wirtschaftskrise, in der tiefgehende Disproportionen kapitalistischen Wirtschaftens zum Ausdruck kommen, in der Kapital vernichtet bzw. umverteilt wird. Es handelt sich in diesem Zusammenhang auch um eine Strukturkrise. Beide werden begleitet von entsprechenden politischen Krisenerscheinungen, wie sie sich z. B. in der Abwahl der Republikaner in den USA zeigen – ein bestimmter politischer Kurs hat sich als nicht tragfähig erwiesen.

Als krisentreibende Konstante kann auch das US-Haushaltsdefizit betrachtet werden. Die Entscheidung des US-Finanzministers, in

Russland, Indien, China), aus den Golf-Staaten und anderen Schwellenländern in diese Schicht; zum anderen eine zunehmende »financialisation«, also eine tiefere Durchdringung der Gesellschaften durch die Finanzsphäre. Beispiele hierfür sind die Privatisierung einstmaliger öffentlicher Unternehmen (einschließlich öffentlicher Kreditinstitute), die Einbeziehung regionaler und kommunaler Akteure (spekulative Finanzgeschäfte als Versuch der Sanierung kommunaler Haushalte) oder von Sozialversicherungen (Einrichtung von Pensionsfonds oder Versuche, mit Teilen der Beitragseinnahmen zu besseren Konditionen Reserven aufzubauen).

Ressourcen zur Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge stehen nicht wie früher einfach als Manövriermasse zur Bekämpfung einer Krise zur Verfügung (bzw. werden dazu missbraucht), sondern soziale Sicherung wurde in der Vorkrisenphase bereits als Akkumulationsfeld in finanzkapitalistische Kreisläufe unmittelbar einbezogen. Klar ist, dass die Verluste sozialisiert werden – offen ist aber, wie sich die Interessen der Akteure und ihre Handlungsspielräume jetzt entwickeln werden. Nicht zuletzt die Privatisierung von öffentlichen Leistungen und die Rolle von Beratungsunternehmen führt hier zu neuen Interessenverflechtungen, die alle Ebenen staatlichen Handelns umfassen, von der Kommune bis zur Bundesregierung oder internationalen Organisationen wie der EU.

**Vierter Faktor:
Neue Formen der Staatlichkeit**

In den vergangenen zwanzig Jahren haben sich Formen der nationalen und internationalen Herrschaft herausgebildet, die auch die Art der Krisenentwicklung prägen werden. Dem Staat und den von Staaten getragenen internationalen Organisationen kamen bisher eine Schlüsselrolle bei der Krisenüberwindung bzw. -verhinderung zu. Der in den vergangenen Monaten immer wieder angeführte Bezug auf das Ende des Zweiten Weltkriegs in Bretton Woods etablierte globale Finanzsystem zeigt, wie präsent diese Annahme einer zentralen Rolle des Staates auch

heute immer noch ist. Allerdings stellt sich die Frage, ob dieser Ansatz heute noch tragfähig ist. Vor allem im Zuge der Durchsetzung von Konzepten der Good Governance haben sich die Art staatlichen Handelns wie auch das Verhältnis von staatlich-politischer und nichtstaatlich-politischer Sphäre verändert. Das ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass durch die Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Leistungen (bis hin zur Sicherheit!) auf der einen Seite und die Beschneidung von sozialen und teilweise auch von Bürgerrechten auf der anderen Seite die repressive Seite staatlichen Handelns stärker in den Vordergrund getreten ist.

Für das Auffinden neuer Tendenzen und neuer Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Krisen ist aber vor allem das wachsende Gewicht von nicht- oder vorstaatlichen Formen der Formierung politischer Entscheidungen maßgeblich. Dieser Prozess wurde schon in der Schaffung und Entwicklung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank deutlich, mehr noch in der Aushandlung neuer Bestimmungen zu Rechnungslegungs- und Finanzierungsstandards für Unternehmen. Weitgehend außerhalb jeder Öffentlichkeit wurden hier Lösungen mit weit reichenden Folgen vereinbart. Selbstverpflichtungen und Kooperation der »Stakeholder« sollen unmittel-

bare staatliche Intervention ersetzen. Die Ausweitung derartiger Formen der Krisenbewältigung und -prävention werden jetzt vor allem von maßgeblichen Gruppierungen des Unternehmertums massiv gefordert. Unmittelbare staatliche Regulierung soll durch Erfahrungsaustausch, Diskussionen, gegenseitiges Lernen und darauf aufbauend informellen politischen Druck ersetzt werden. Dahinter steht auch die Überlegung, in derartige Herrschaftsformen Teile der Gesellschaft einzubinden (etwa wichtige NGO, Teile der Beamtenschaft, PolitikerInnen, KleinunternehmerInnen) und damit eine breitere Akzeptanz einer auf die Interessen der Finanzoligarchie gerichteten Politik zu erreichen. Setzt sich diese Linie weiter durch, entgleiten der Öffentlichkeit auch noch die letzten Reste von Gestaltungsmöglichkeiten. Die Finanzsphäre reguliert sich zum Schluss staatlich garantiert selbst.

Betrachtet man diese vier zwischen den verschiedenen Krisen vermittelnden Elemente, so wird deutlich, dass neben den kurzfristigen Forderungen nach Konjunkturprogrammen und Stärkung der Massenkaufkraft vor allem die Forderung nach der Verteidigung und dem Ausbau der Demokratie stehen muss. Eigentlich müsste hier ein wichtiger Bezugspunkt gemeinsamer Aktionen der linken Bewegungen liegen.

Finanzkrise Spezial auf [rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Zusätzlich zum Schwerpunkt in diesem Heft:

- **Alle aktuellen Veranstaltungen**
- **Berichte, Analysen, Gutachten, Positionen, Glossar**
- **Publikationen und Texte, z. B.:**
 - Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus. Standpunkte 24/2008 von Mario Candeias.
 - Finanzmarktkrise – Ende des Neoliberalismus? Und die Linke? Standpunkte 23/2008 von Rainer Rilling.
 - Auswege aus der Krise des Neoliberalismus. Eine historische Erfahrung: Die Krise des Liberalismus und der Faschismus. Von Michael Brie.
 - Für eine neue Alternative Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Manuskripte 77 von Judith Dellheim und Günter Krause (Hrsg.)
- **Konferenzdokumentationen zum Thema, z. B.:**
 - Reihe »So what is Capitalism?« – Analysen und Einschätzungen der Entwicklung des aktuellen Finanzmarktkapitalismus.
 - After Bush, US-Kapitalismus in der Finanzkrise (mehr auf Seite 17)

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?finanzkrise>

Umstellt von Regulierern?

Bislang konnte DIE LINKE von ihrem jahrelangen Einsatz für die Regulierung der Finanzmärkte nicht wirklich profitieren. Das wird sich ändern, sagt Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

Die globale Finanzkrise und der ihr folgende Einbruch der Weltwirtschaft hat eine für viele überraschende politische Dynamik freigesetzt.

In der Hektik der sich überschlagenden Ereignisse gibt sich die etablierte, bislang als neoliberal charakterisierte Politik ungeahnt undogmatisch und flexibel. Spätestens mit den nicht nur in Deutschland verabschiedeten Rettungspaketen für kriselnde Banken und Versicherungen hat der konservative und sozialdemokratische Neoliberalismus quasi über Nacht das Ziel der Haushaltskonsolidierung auf die lange Bank geschoben, hat unvermittelt die Sinnhaftigkeit von Konjunkturprogrammen wiederentdeckt und führt nun die Re-Regulierung im Munde.

Die deutsche Bundesregierung macht zwar in ihrem Krisenmanagement im Vergleich zu anderen Regierungen wie z.B. in Frankreich und Großbritannien einen immer noch etwas unbeholfenen Eindruck. Dennoch ist es auch Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück bislang recht gut gelungen, medial den Eindruck der Handlungsfähigkeit und -willigkeit zu erzeugen.

Eine gewisse Verbitterung liegt nahe: Obwohl sich die Linke jahrelang als einzige parlamentarische Kraft für mehr Finanzregulierung und eine aktivere Rolle des Staates gegenüber der Wirtschaft stark gemacht hat, konnten wir bislang davon in Umfragen kaum profitieren. Auch wenn wir also vor der Geschichte an dieser Stelle recht behalten, schwächt das (bislang) weder die Große Koalition noch stärkt es uns im Vergleich zu FDP und Grünen.

Von diesem Zustand sollte man sich aber nicht entmutigen lassen. Es ist nicht zu erwarten, dass die Bundesregierung und die Parteien der großen Koalition ihren Opportunismus lange durchhalten und mit ihrer Scheinheiligkeit durchkommen. Erstens wird schon jetzt immer deutlicher, dass Wort und Tat auseinanderfallen. Schon jetzt gehen die Gesetzesvorhaben zur Deregulierung weiter, die noch aus der Vor-Krisenzeit in der parlamentarischen Pipeline stecken. So will die Regierung beispielsweise mit dem »Gesetz zur Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie« den Lebensversicherungen im Windschatten einer EU-Richtlinie erlauben, die ihnen anvertrauten Gelder zur Altersvorsorge in großem Umfang in Derivate zu investieren. Auch der lautstark angekündigte staatliche Durchgriff in die Banken, die aus dem Rettungspaket Garantien und Eigenkapitalbei-

hilfen in Anspruch nehmen, stellt sich schon jetzt als Luftnummer heraus.

Dass die Regierung den liberalisierten Finanzmärkten nicht wirklich ans Leder will, zeigt sich besonders deutlich an ihren Reform-Kronzeugen. Die von der Bundeskanzlerin eingesetzte »Expertenkommission zur Reform der Finanzmärkte« wird von Otmar Issing, dem ehemaligen Chef-Volkswirt der Europäischen Zentralbank und Architekten des reaktionären europäischen Stabilitätspakts, angeführt. Wie soll von solchen Leuten Wandel ausgehen?

Solche Personalentscheidungen sind aber keineswegs nur ein schlaues Täuschungsmannöver. Wie im Fall ideologischer Verbohrtheit üblich, gelingt es einer durch und durch neoliberal eingestellten Bundesregierung



Proteste gegen die »Bail Out«-Pläne der Regierung in den USA

Foto: how are things on the west coast?/flickr

Katharina Weise

City Crash Counter

Wie die Krise die Kommunen erfasst

Ein wenig Zynismus schwingt schon mit. Warum auch nicht – die aktuellen Probleme in den Kommunen sind nicht nur strukturelle Folgen des globalisierten Bankensystems, sondern zum Teil auch hausgemacht. Diverse Kommunen haben sich mit öffentlichen Geldern auf »synthetische« Finanzmarktprodukte wie Cross-Border-Leasing (CBL) und/oder spekulative Zins-Swaps bewusst eingelassen. Das bei Zinswerten verspekulierte öffentliche Geld ist verloren und steht nicht mehr für die wesentlichen Aufgaben der Kommunen zur Verfügung (z. B. in Hagen und Mülheim). Darüber hinaus entstehen zusätzliche Kosten, zum Teil in Millionenhöhe, für die Kommunen bei CBL-Geschäften, da neue Partner als Käufer oder als Kreditgeber sowie neue Sicherheiten gefunden werden müssen (z. B. in Bochum oder Wuppertal). Die Zinsen bei laufenden Krediten im Rahmen von Privatisierungen in Form von Public-Private-Partnerships (PPP) sowie von CBL steigen und sollen ebenfalls von Kommunen übernommen werden – das ist der Wunsch der privaten Partner und so ist es meist auch in den komplexen, unübersichtlichen Verträgen festgehalten.

Angesichts der hohen Summen öffentlicher Gelder, die durch diese Geschäfte nicht mehr für die Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die Kommunen zur Verfügung stehen, scheint es wenig verwunderlich, dass einige Verantwortliche hierzu schweigen und keine Auskünfte über die getätigten Geschäfte geben (z. B. in Dresden). Insofern soll der City Crash Counter auch einen kleinen Beitrag zur Transparenz kommunaler Politik leisten.

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17545>

nicht, sich kurzfristig aus der ideologischen Umklammerung zu lösen. Wie soll man auch einfach auf die Schnelle ein ganzes Weltbild über Bord werfen?

Ein wichtiger Grundpfeiler des neoliberalen Weltbildes besteht gerade darin, dass Märkte und private Unternehmen nahezu alles besser können als der Staat. Wenn nun aber Banken und Versicherungen so offensichtlich versagt haben, dann heißt dies keineswegs im Umkehrschluss, dass sich die Politik nun wieder mehr zutraut. Minister Steinbrück hat in den Beratungen zum Bankenrettungspakt stets deutlich gemacht, dass er und sein Ministerium nicht die Kompetenz hätten, die Geschäftsmodelle von Banken zu bewerten. Noch viel weniger habe er Lust, den mit Steuermitteln geretteten Banken ins konkrete Tagesgeschäft reinzureden und dafür nachher auch noch die Verantwortung tragen zu müssen. Man kann das angemessene Bescheidenheit nennen. Besser sollten wir aber von einem Offenbarungseid der etablierten Politik reden. Vielleicht ist es für die Glaubwürdigkeit ja kurzfristig tatsächlich besser, dass nun nicht marktgläubige Bankvorstände von marktgläubigen Ministerialbürokraten abgelöst werden. Damit ist aber auch zugleich eine zentrale Frage für unsere Partei und für die Linke insgesamt aufgeworfen: Wie stellen wir uns die viel beschworene demokratische Kontrolle von Unternehmen und Finanzindustrie eigentlich vor?

Wie auch immer man zur Forderung nach einer Verstaatlichung des Bankensektors steht: Wir brauchen dringend konkrete Vorschläge, wie wir wenigstens die jetzt schon (bzw. noch) öffentlichen Unternehmen und Banken demokratisch unter Kontrolle bringen. Der Vergleich von Sparkassen und Landesbanken bietet hier klare Hinweise, dass demokratische Kontrolle aus einem Zusammenspiel von Regulierung und direkter Einflussnahme einer inhaltlich anderen Politik bestehen muss. Sparkassen (und Genossenschaftsinstitute) sind qua Satzung auf Finanzgeschäfte in ihrer Region beschränkt. Unter diesen restriktiven Bedingungen bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als mit dem vermeintlich altmodischen

Kreditgeschäft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen ihr Geld zu verdienen, denn die Türen des Finanzkasinos waren für sie verschlossen. Viele Landesbanken hingegen, formal nicht weniger von gewählten Politikern bestimmt, haben sich verantwortungslos verzockt. Natürlich ist diese Darstellung zu einfach, denn irgendwer musste ja auch für die Sparkassen die überschüssigen Spareinlagen anlegen, die sie in ihrer Region nicht als Kredite unterbringen konnten. Und natürlich haben die Sparkassen als Miteigentümer der Landesbanken selbst darauf gedrungen, dass diese möglichst hohe Renditen erwirtschaften sollten. Einen gemeinwirtschaftlichen Auftrag für die Region können die Landesbanken erst dann wieder übernehmen, wenn auch die Landespolitik ein offensives regional- und wirtschaftspolitisches Konzept hat. Dazu braucht es einen Politikwechsel.

Und noch eine Einsicht ist vonnöten: Demokratische Politik kann nur solche Wirtschafts- und Finanzsysteme unter Kontrolle haben, die mit normalem Menschenverstand verstanden werden können. Systeme, die bewusst immer komplexer ausgestaltet werden, um sich staatlicher Aufsicht zu entziehen, sind mit demokratischer Kontrolle schlicht unvereinbar. Mit Blick auf die Finanzmärkte ist die Konsequenz recht einfach: Die Finanzindustrie ist zur Finanzierung der Realwirtschaft da, nicht umgekehrt. Statt mehr staatliche, aber überforderte Aufseher ins undurchdringliche Finanzcasino zu schicken, sollten wir es stattdessen einfach schließen. Mit dieser Forderung sind wir auch wieder hinreichend unterscheidbar von all den frisch gebackenen Pseudo-Regulierern auf der Regierungsbank.



Axel Troost,
Finanzpolitischer
Sprecher der
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

After Bush

Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 10. November 2008 in Berlin

Wie sieht die US-Politik nach den Wahlen aus?

Wie der US-Kapitalismus in der Finanzmarktkrise?

Und was ist mit der Linken?

Wenige Tage nach der Wahl führte die RLS eine von fast 200 Interessierten besuchte Tagung (»After Bush«) durch, auf der neun linke Wissenschaftler und Experten aus den USA und Kanada sprachen. Es war wohl zum ersten Mal, dass eine Veranstaltung mit einem solchen Spektrum linker Stimmen hierzulande durchgeführt wurde.

Der Tenor war: große Erleichterung über die Niederlage der Rechten in den USA, aber beträchtliche Skepsis gegenüber dem Obama-Projekt und klare Kritik an seiner absehbaren politischen Konzeption, die viel zu wenig versuche Alternativen aufzugreifen und die verheerenden Folgen der Bush-Politik zu beseitigen. Eine moderate rechtszentristische Politik sei womöglich das, was zu erwarten wäre. Auch dies allerdings gebe der Linken wieder Spielräume. Einhellig war die Ansicht, dass die Wirtschaftskrise in den USA und darüber hinaus erst am Anfang stehe und sich 2009 sehr vertiefen würde – eine Re-Regulierung des Finanzmarktes sei nicht imstande, den langen Krisentrend der US-Wirtschaft aufzuhalten. Die Linke, bei all ihrer Schwäche, sei erst langsam dabei sich auf diese tiefe Krisensituation einzustellen, die aber auch Möglichkeiten mit sich bringe, die in einer Befestigung internationaler Zusammenarbeit der Linken erschlossen werden müssten. Die Tagung war ein guter Schritt in diese Richtung.

In drei Themenblöcken wurden die Ergebnisse und politischen Konsequenzen der

Wahlen, die Verfassung des US-amerikanischen Finanzmarktkapitalismus und die Konstellationen der Linken in den USA diskutiert.

Es nahmen teil: Harold Meyerson (Verantwortlicher Herausgeber des *The American Prospect* und politischer Kolumnist der *Washington Post*), Prof. Stephen Gill (Professor für Politikwissenschaft, York Universität Toronto, Canada), Harriet Fraad (Psychologin, New York), Prof. Neil Smith (Graduate Center, City University of New York), Prof. Robert P. Brenner (Direktor des Center for Social Theory and Comparative History der Universität von Kalifornien, Los Angeles), Prof. William K. Tabb (em. Prof., lehrte Ökonomie am Queens College und der City University, New York), Prof. Richard D. Wolff (Professor für Ökonomie an der Universität von Massachusetts in Amherst, Prof. Stanley Aronowitz (Graduate Center der City University of New York), Prof. Barbara Epstein (History of Consciousness Department an der Universität von Kalifornien in Santa Cruz), Ingar Solty (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am FB Politikwissenschaft der York Universität, Kanada). Es moderierten: Dr. Albert Scharenberg (Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin), Prof. Jörg Huffschmid (em. Professor für Ökonomie, Universität Bremen), und Prof. Margit Mayer (John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien an der FU Berlin).

Rainer Rilling vom Institut für Politikanalyse der RLS hat die Konferenz organisiert, die als vollständige Audiomitschnitt dokumentiert ist: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17347>



Harold Meyerson ist Herausgeber des »American Prospect« und politischer Kolumnist der *Washington Post*



Prof. Robert P. Brenner leitet das Center for Social Theory and Comparative History der Universität von Kalifornien, Los Angeles



Eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte ist nicht in Sicht: attac-Protest in der Frankfurter Börse am 27. Oktober

Stephan Kaufmann

Spekulation für den Standort

Warum die Banker den Staat nicht fürchten müssen

Die Finanzkrise wütet, und die Bundesregierung hat sich nach einigem Zögern daran gemacht, das Problem anzugehen. Verängstigten oder auch nur beunruhigten Bürgern wird ein Ende des »ungezügelter Kapitalismus« versprochen. Manch Laie oder Experte erhofft sich das Ende des »Casino-Kapitalismus«, ein Ende des »freien«, »freigelassenen« oder gar »losgelassenen« Marktes. Die »Rückkehr des Staates« an die Finanzmärkte soll für Ruhe sorgen.

Diese »Rückkehr« findet aber nur auf ideologischem Feld statt. Praktisch war der Staat nie abwesend. Er war und ist vielmehr die Grundlage für die Geschäfte an den Finanzmärkten. Und zwar so vollständig, dass eine »Finanzindustrie« – im Vergleich etwa zur Autoindustrie – ohne Staat gar nicht denkbar ist.

Das liegt erstens an der Natur der Dinge, die an den Finanzmärkten gehandelt werden: Wertpapiere, also Vermögenstitel wie Aktien, Anleihen oder Derivate. Ihre Schaffung ermöglicht der Staat durch seine Rechtsgarantie. Schließlich sind Wertpapiere nichts anderes als abstraktes Eigentum. Ihr Wert basiert darauf, dass sie Zahlungsverprechen sind, also *Rechte* auf Zahlung von Zins oder Dividende. Ohne die Instanz, die die Geltung dieses Rechts auf Zahlung garantiert, sind Wertpapiere bloß Papier.

Zweitens stellt der Staat den Finanzmärkten die Materie ihres Geschäfts zur Verfügung: das nationale Geld. Im Gegensatz zu den Zahlungsverprechen der Banken (wie etwa Buchgeld) sind Euro oder Dollar das absolut gültige Geld, weil der Gesetzgeber diese Gül-

tigkeit erlässt. Und erst drittens beauftragt der Staat die Finanzmärkte auch mittels Gesetzen und Kontrolle. Die Fülle an Regularien – vom Kreditwesengesetz bis hin zum neuen Risikobegrenzungs-gesetz – wie auch verschiedene staatliche Kontrollinstanzen wie Bundesbank oder Finanzaufsicht Bafin lassen auf alles mögliche schließen (zum Beispiel darauf, für wie unsicher der Staat die Finanzsphäre hält); aber nicht auf eine *Abwesenheit* des Staates an den »unregulierten« Finanzmärkten.

Die zahllosen Finanzgesetze und die staatlichen Kontrolleure haben den Banken und Investmentfonds nun viele ihrer Praktiken erlaubt. Diese gewährte Freiheit ist inzwischen in Verruf geraten. Sie soll ein Fehler gewesen sein, nun soll »mehr« Kontrolle her. Aus dem



Da der Staat an den Börsen also nie abwesend war, bedeutet seine »Rückkehr« keine Revolution für das Finanzgewerbe. Und da der Staat ein expandierendes Kreditgewerbe will, wird er diesem auch keine allzu engen Fesseln anlegen. Dies ist bereits jetzt an den angekündigten Reformen sichtbar.

- Banken werden gestützt – nicht, damit sie ihr Geschäft einschränken, sondern damit sie es weiter betreiben können.
- Banken sollen künftig stärker kontrolliert werden. Das eine oder andere Geschäft wird ihnen künftig vielleicht untersagt. Auch müssen sie wohl alle ihre eingegangenen Risiken in ihrer Bilanz sichtbar machen. Das mag nützlich sein. Doch tilgt dies nicht die Ursache von Finanzkrisen: *Erwartete* Zahlungen auf Kredite, Dividendenansprüche oder Derivatkontrakte werden an den Finanzmärkten zu *aktuellen* Werten hochgerechnet, gehandelt und in Bankbilanzen als Guthaben verbucht. Diese Praxis, die in ihrer Substanz nichts als Spekulation auf künftige Einnahmen ist, wird nicht verboten, da sie die Basis des Wertpapiergeschäfts ausmacht.
- Da auch die Politik weiß, wie riskant dieses Geschäft ist, will sie die Banken zu einer stärkeren Eigenkapitalunterlegung zwingen. Sie sollen ihre Reservepuffer erhöhen. Mehr Reserven bringen mehr Stabilität, garantieren diese aber nicht. Schließlich sind die Sicherheitsreserven immer nur ein kleiner Teil des Gesamtengagements der Banken. Das Ausmaß der Sicherheit hängt am Ausmaß der Reserven – und dass die Höhe der Reserven und damit das Ausmaß an Sicherheit nie zu groß wird, dafür sorgt der Staat. Denn er weiß: Reserven sind Geld, mit dem die Banken nicht »arbeiten« können. Sie sind totes Kapital. Und schon die internationale Konkurrenz und der Wille der EU, über ein international wettbewerbsfähiges Bankkapital zu verfügen, wird dafür sorgen, dass die Reserven ausreichend klein bleiben und die nächste Krise damit sicher ist.

Fazit: Die Bundesregierung wird das »Casino« nicht schließen und die Finanzmärkte nicht »fesseln«. Denn sie hat keine Kritik an der Spekulation, sondern lediglich am Misserfolg der Spekulation. Versprochen wird daher lediglich »mehr Stabilität«, »größere Liquiditätspuffer« und »die Krisenwirkungen besser einzudämmen« (14-Punkte-Programm der SPD). Damit wird die Macht der Finanzmärkte nicht gemindert. Die Spekulation soll nicht unterbunden, sondern ihr Erfolg garantiert werden – zum Wohle des Kapitalstandortes Deutschland.

Der Berliner Wirtschaftsjournalist Stephan Kaufmann veröffentlichte in diesem Jahr bei der RLS das Buch »Investoren als Invasoren. Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt«

Blick gerät daher, warum den Banken eigentlich ihre riskanten Geschäfte erlaubt worden sind. Warum also die verschiedenen Regierungen eine expandierende Finanzsphäre wollten und wollen.

Erstens, ganz simpel, ist eine Ausweitung der Bankgeschäfte erwünscht, da sie den Banken mehr Gewinne einspielt. Das Wachstum der Banken ist Teil des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts und der Steuereinnahmen. Zweitens sind die Banken die Abnehmer der Staatsschulden. Sie kaufen dem Staat seine Anleihen ab. Damit bedient sich der Staat nicht nur der Banken. Gleichzeitig versorgt er sie mit Staatsschuldscheinen und damit mit solider Spekulationsmasse.

Drittens sind expandierende Banken die Quelle für expandierende Kreditvergabe. Und jedes kapitalistische Wachstum, jedes Unternehmen basiert heute auf der Verfügung über Kredit. Ohne »Fremdkapital«, das weiß jeder Unternehmer, ist er in der Konkurrenz hoffnungslos verloren. Unternehmen sind heutzutage große Ansammlungen von Bankkredit. Eine Trennung von »Realsphäre« und Finanzsphäre existiert nicht. Vielmehr deutet die oft zitierte Gefahr, dass die »Realsphäre« von der Finanzkrise »angesteckt« wird darauf hin, dass beide Sphären untrennbar miteinander verwoben sind.



Stephan Kaufmann
Investoren als Invasoren
 Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt
 Texte 51 der RLS
 Karl Dietz Verlag Berlin 2008
 92 Seiten, 6,90 Euro
 ISBN 978-3-320-02158-0
 (Download: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16446>)

André Brie

Alles Amerika, oder was?



André Brie, seit 1999 für DIE LINKE. im Europäischen Parlament. Er ist Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Im Medienbild sind die USA schuld an der dramatischen Weltfinanzkrise, die inzwischen die Wirtschaft niederdrückt, Hunderttausende Arbeitsplätze zerstört und die ohnehin grauenhafte Not vieler Menschen im Süden der Erde noch weiter verschlimmert. Die meisten europäischen Politiker haben sich den neuen Antiamerikanismus zu Eigen gemacht. Finanzminister Steinbrück meinte in seiner Regierungserklärung am 25. September: »Die USA sind der Ursprung der Krise, und sie sind der Schwerpunkt der Krise.« Ursachen in der deutschen und europäischen Politik verneinte er in einem Interview mit der Welt ein halbes Jahr zuvor (am 13. Februar) ausdrücklich. Als ihn die Zeitung fragte, »Welchen Anteil hat die deutsche Politik daran, dass die US-Finanzkrise gerade die öffentlich-rechtlichen Landesbanken in Deutschland so stark betrifft?«, antwortete er: »Was reden Sie denn da für einen Unsinn? Was soll die Bundesregierung dafür können, wenn einige Manager ihre Risiken nicht richtig einschätzen können? Den Schuh zieh ich mir für die Bundesregierung nicht an.«

Es gibt auch für mich keinen Zweifel, dass die Politik, die zum jetzigen Desaster geführt hat, in den USA begonnen wurde. Aber abgesehen davon, dass ihre Ideologen reihenweise den schwedischen Ökonomie-Nobelpreis erhielten und in Europa ihre Nachbeter an den Wirtschaftslehrstühlen der Universitäten und in den Medien fanden, sind doch einige mehr als wesentliche Ergänzungen an jenem Bild erforderlich, dass Merkel, Steinbrück und ihre europäischen Kollegen von sich zeichnen.

Erstens ist die tiefste und auch in der Linken wenig diskutierte Ursache des jetzigen Zusammenbruchs nicht die Profitgier einiger Bank- und Fondsmanager, ihr »wahnsinniges Streben nach immer höherer Rendite« (noch einmal Steinbrück), die tiefste Ursache ist auch nicht die Deregulierung der Finanzmärkte, sondern die Politik der massiven Umverteilung von Unten nach Oben, auch und gerade in Europa. Sie hat in den vergangenen drei Jahrzehnten gigantische finanzielle Mittel in wenigen Händen angehäuft und gleichzeitig die Massenkaukraft beschädigt. Der Effekt war ein doppelter: Oben war unendlich mehr Geld

(liquides Kapital) vorhanden, als sinnvoll in der realen Wirtschaft investiert werden konnte (die täglichen internationalen Finanzströme beispielsweise übertrafen die internationalen Handelsströme um etwa das Hundertfache), unten war immer weniger Geld für den Konsum da und damit eine zusätzliche Grenze für binnenwirtschaftliches Wachstum entstanden. In den USA wurde die Lohnquote von 1975 bis 2006 von 70,4 auf 66,3 Prozent gedrückt, in der EU-15 von 76,3 auf 66,2 und in Japan von 80,1 auf 64,5 Prozent. Während sich 1980 das weltweite Bruttosozialprodukt und die liquiden Finanzmittel noch weitgehend deckten (10,1 zu 12 Billionen US-Dollar), übertrafen die Finanzmittel 2006 das Bruttosozialprodukt um fast das Vierfache (48,3 zu 167 Billionen). Die US-Regierung und gleichermaßen, zum Teil sogar noch stärker, die westeuropäischen Regierungen schufen diesem Kapitalüberfluss daher neue Märkte: im Finanzbereich selbst, nicht zuletzt durch einen Casinokapitalismus, durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, durch aggressiven Freihandelskapitalismus. Allein durch die fortschreitende Privatisierung der Altersvorsorge flossen den Pensionsfonds, einer der größten Quellen für die Spekulationen durch Banken und andere Akteure, bis 2006 22,6 Billionen (!) US-Dollar zu (1992: 4,8 Billionen). Erst durch diese Politik, durch diese politisch organisierten Verwertungsbedingungen hat sich auch die »Gier« der Manager, Aktien- und Fondsbesitzer entladen können. Karl Marx zitierte im Kapital den britischen Ökonomen P.J. Dunning: »Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.« Nach zweihundert Jahren Kapitalismus hätte man doch wenigstens das lernen können. Wer nachhaltig erreichen will, dass Finanzdienstleistungen wieder an reale Ökonomie, Produktion und Arbeitsplätze gekoppelt werden, muss daher vor allem für gerechte Verteilung und Umverteilung von oben nach unten und die Wiedergewinn-

nung des öffentlichen Eigentums sorgen. Davon ist bisher weder in den USA noch in Europa die Rede, obwohl man kein Marxist sein muss, um zu wissen, dass die Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums nicht das Geld, sondern die menschliche Arbeit und die Natur sind.

Illusionäre Träume vom »dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt«

Zweitens gab es eine sehr aktive deutsche und europäische Politik zur Liberalisierung der Finanzmärkte. Sie begann mit der »Einheitlichen Europäischen Akte 1987«, mit der der europäische Binnenmarkt zunehmend von politischer Regulierung und gemeinsamen Regeln befreit wurde. Der Vertrag von Maastricht führte 1992 einen

radikalen Monetarismus ein, der anders als das deutsche »Stabilitätsgesetz« von 1967 nicht mehr die gleichzeitige Orientierung an Geldwertstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung, sondern nur noch monetaristische Ziele definiert. Die Europäische Zentralbank, eine der mächtigsten Institutionen der EU, wurde jeder politischen Kontrolle und Einflussnahme entzogen. Anders als die US-Zentralbank wurde sogar jede Form von öffentlicher Transparenz verweigert, werden nicht einmal die Protokolle ihrer Sitzungen veröffentlicht. 1999 beschloss die EU-Kommission den Plan für Finanzdienstleistungen mit 40 Liberalisierungsmaßnahmen, den die europäischen Regierungen (darunter »Rot-Grün« in Deutschland) mit der »Lissabonstrategie« ab 2000 umsetzten. Deren erklärtes und viel zitiertes Ziel, die EU mit einem durchschnittlichen Wachstum von 3 Prozent bis 2010 zur dynamischsten Wirtschaftsregi-

on der Welt zu machen, sind von Anfang an von seriösen Analytikern als illusionär eingeschätzt worden und längst grandios gescheitert. Die eigentlichen Ziele, Sozialabbau und Deregulierung sowie die Schaffung eines europäischen Finanzmarktes, sind allerdings mit Nachdruck realisiert worden und haben maßgeblich zur jetzigen Krise beigetragen. Charakteristisch dafür ist die Europäische Betriebsrentenrichtlinie von 2001, mit der nicht nur die gesetzliche und soziale Altersversorgung ausgehöhlt wurde, sondern die Beiträge von Betriebsrentensystemen dem Finanzmarkt unterworfen wurden und bis zu 70 Prozent in Aktien, darunter ausdrücklich auf Risikokapitalmärkten, und mindestens 30 Prozent in Fremdwährungen angelegt werden sollten. Eine so existenzielle Frage wie die Altersvorsorge wurde damit mit den Stimmen der Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten im Europäischen



Bankenrettung auf dem Rücken der Bevölkerung: Proteste vor der New Yorker Börse im Oktober 2008

Foto: Lorenzo Ciniglio/Polaris/latf

Parlament zum Spielball der Finanzspekulationen gemacht. Für die Sicherheit und Höhe der Betriebsrenten wurde keine Garantie beschlossen, sondern lediglich eine »Option« eingeräumt. In dieser alles andere als vollständigen Aufzählung sei schließlich auch darauf hingewiesen, dass »Rot-Grün« in Deutschland 2004 auch die Hedgefonds zuließ.

Drittens: Zwar waren es tatsächlich im besonderen die USA, die durch ihre Finanz- und ihre imperiale Kriegspolitik eine Verschuldungswirtschaft mit gigantischer innerer und äußerer Verschuldung aufbauten (die USA benötigen eine tägliche Kapitalzufuhr von 2 bis 4 Milliarden US-Dollar zur Deckung ihrer Außendefizite; die innere Verschuldung liegt gegenwärtig bei 14 Billionen US-Dollar), die EU verhielt sich dazu und zur Deregulierung und Intransparenz der internationalen Finanzmärkte jedoch passiv, ihre gelegentliche Kritik in der G8-Gruppe und anderen Foren blieb schwach und wirkungslos, an der Deregulierung der Finanzmärkte nahm sie, wie geschildert sogar aktiv teil. Die Möglichkeiten der europäischen Gemeinschaftswährung und der Entwicklung eines europäischen Finanzmarktes, Alternativen der Kontrolle und Transparenz gegen die USA zu praktizieren und durchzusetzen, wurden nicht genutzt. Offensichtlich wollte man den Wettbewerb mit den USA nach deren Spielregeln austragen. Auf diesem Wege wurden die europäischen Volkswirtschaften, Rentenein- und Steuerzahler zudem zum Financier der US-amerikanischen Defizitwirtschaft und -politik gemacht.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat viele andere internationale, europäische und deutsche Seiten. Sie ist vor allem Ausdruck für die Erschöpfung und das Scheitern der neoliberalen (marktradikalen) Politik, die seit Mitte der siebziger Jahre ideologisch und politisch durchgesetzt wurde und ihrer Konsequenz eines finanzgeleiteten freien Kapitalismus. In dieser Hinsicht kann die Krise auch eine Chance sein, sowie im Chinesischen die Schriftzeichen für Krise und Chance die gleichen sind. Sie kann dies sein,

wenn der Irrweg von Deregulierung, Privatisierung und Umverteilung nach oben gestoppt wird. Die Maßnahmepakete der Regierungen in den USA und in europäischen Staaten reichen dafür bei weitem nicht aus. Ihre Wirksamkeit ist ohnehin offen und bisher äußerst gering. Sie kommen zu spät, die Konzepte sind widersprüchlich und waren auf dem kürzlichen Finanzgipfel nur durch aussagearme Formelkompromisse und allgemeine Absichtserklärungen kaschiert worden. Während Billionen Dollar und Euro in beispielloser Schnelligkeit für die Finanzsysteme locker gemacht wurden, nimmt man sich offensichtlich sehr viel Zeit für die dringenden politischen Veränderungen – wohl in der Hoffnung, sie nicht vornehmen zu müssen – und überlässt die Realwirtschaft, die Arbeitsplätze, die soziale Existenz von Millionen Menschen und die Binnenkaufkraft weiter der Krise.

Trotz der enormen weltwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rolle der USA muss mit Lösungen nicht auf sie gewartet werden. Vor allem die europäischen Spielräume sind groß (und in Deutschland gäbe es genügend zusätzlichen nationalen Handlungsbedarf und -möglichkeiten, auf die ich hier nicht eingehe). Erforderlich sind in der EU insbesondere die Beendigung der Lissabonstrategie, des Lohnkosten- und Unternehmenssteuerwettbewerbs der Mitgliedsländer, des Sozialabbaus, der Deregulierung und Privatisierung und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach oben. Unzureichend ist die beabsichtigte stärkere Kontrolle des Casino-Kapitalismus. Das Casino gehört nach Monte Carlo oder in andere Städte, die darauf Wert legen, nicht in die Finanzmärkte und an die Börsen. Leerverkäufe, Kreditverbriefungen und Hedgefonds können und müssen europaweit verboten werden, Steuerbefreiungen und -vergünstigungen für Finanzspekulationen gestrichen werden. Die EU-Staaten können auch ohne die USA eine Devisen- und Börsenumsatzsteuer einführen. Beträchtliche politische Möglichkeiten der EU gibt es, zur Auszehrung der Steueroasen (davon einige in Europa) und zur Stabilisierung der Devisenkurse

beizutragen, um diese Spekulationen mit ihren gefährlichen volkswirtschaftlichen Folgen zu begrenzen. Die Privatisierung der Altersvorsorge muss gestoppt, die Europäische Betriebsrentenrichtlinie grundlegend geändert werden. Die großen Privatbanken, die offensichtlich in den kreditpolitischen Generalstreik getreten sind und ihre wirtschaftspolitische Rolle nicht mehr erfüllen, und die Versicherungskonzerne gehören unter staatliche Kontrolle oder in direkte staatliche Hand. Das Tabu der politischen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gehört abgeschafft, die Sitzungen und Entscheidungen des Zentralbankrates müssen transparent, ihre Protokolle veröffentlicht werden. Nicht zuletzt wären starke europäische und nationale Konjunkturprogramme erforderlich, mit denen die Massenkaufkraft und der Binnenmarkt gestärkt, die Unsicherheit der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnerinnen und Rentner verringert würden. Regionale Wirtschaftskreisläufe, ortsfeste klein- und mittelständische Unternehmen könnten so gefördert werden, insbesondere durch Programme zur Stärkung und Vernetzung ihrer Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, ebenso der dringende ökologische Umbau, zum Beispiel der Autoindustrie, der Energiewirtschaft und des Bauwesens, statt die jetzige Krise zur Rücknahme der umweltpolitischen Ziele zu nutzen, wie es die EU-Kommission und die Regierungen derzeit tun.

Also, fangen wir hier an, bei den Sparkassen, die den Handwerkern und kleinen Kreditnehmern das Leben schwer machen, bei den Privatbanken und Versicherungskonzernen, in Deutschland und in der EU, diese Politik zu ändern, mit wirklichen sozialen, demokratischen, ökologischen, wirtschaftlichen Alternativen. Steinbrück hatte am 25. September auch gesagt: »Niemand sollte sich täuschen: Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise.« Doch niemand sollte sich täuschen: Wenn man die Steinbrücks, Merkels, Bushs und Ackermänner lässt, wird die Welt wieder so wie vor der Krise. Das wäre die Welt vor der nächsten sozial zerstörerischen Krise.

Mario Candeias

Radikale Realpolitik

Der Staat rettet den Kapitalismus. Nach 35 Jahren neoliberaler Liberalisierung und Globalisierung von Finanzmärkten und nicht endender Umverteilung von unten nach oben braucht es nationale Rettungspläne und unbegrenzte Liquidität von Zentralbanken in Billionenhöhe, um Bankensystem und Märkte vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Doch es gibt keinen Aufschrei. Wie benommen, im besten Fall amüsiert über die Rechtfertigungsschwierigkeiten der Zentralbanker und Finanzbürokraten, schaut die Bevölkerung zu, murt über die Rettungspakete, aber zeigt sich einsichtig in ihre – tatsächlich unabsehbare – Notwendigkeit. Die internationale Linke wurde auf dem falschen Fuß überrascht, auch DIE LINKE.

Die Finanzkrise ist nicht nur eine Vertrauenskrise im Bankensektor: Das Vertrauen der Bevölkerung in Märkte und Regierungen ist zumindest deutlich angekratzt, der Neoliberalismus diskreditiert. Dies eröffnet diskursiven Raum für linke Alternativen im Sinne radikaler Realpolitik, die bisher kaum genutzt werden konnten. Es bedarf einer Initiative für eine solidarische Gesellschaft, die über bisherige Vorschläge der Linken hinaus geht: Es müssen ja nicht gleich 500 Mrd. Euro sein, wie der Rettungsplan der Regierung. Aber es müsste doch um die Frage gehen, wer entscheidet in dieser Gesellschaft eigentlich über die gesellschaftlich notwendigen Investitionen? Debatten über 30 Euro mehr bei Hartz-IV oder 10 Euro mehr an Kindergeld sind lächerlich angesichts der Mittel gegen die Finanzkrise. Warum überlassen wir den Finanzmärkten die – vermeintlich effiziente – Allokation der Ressourcen? Die Überakkumulation von Kapital produziert nur Wellen spekulativer Blasen gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z. B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Mittlerweile beklagt sogar der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch mangelnde Investitionen in Kraftwerke, Strom- oder Straßennetze und fordert mehr staatliche Investitionen in die Infrastruktur. Es bedarf der Sozialisierung der Investition, der Verstaat-

lichung und demokratischen Kontrolle von Banken und Finanzinstitutionen.

Benötigt wird ein Rettungspaket, ein zukunftsorientiertes Investitionsprogramm für einen partizipativen Um- und Ausbau des Öffentlichen, von öffentlichen Unternehmen und öffentlicher Beschäftigung hin zu einer sozial-ökologischen Care-Economy statt Privatisierung und Vermarktlichung von gesellschaftlicher Reproduktion und Natur; ein Rettungspaket für erneuerte solidarische Sozialversicherung für alle statt privater Eigenvorsorge; ein Rettungspaket für eine Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, für eine echte Partizipation von Bevölkerung und Beschäftigten an Entscheidungen in Politik und Betrieb (entlang der gesamten transnationalen Produktionskette) statt Hilfspaketen zur Fortführung alter Geschäftsmodelle und Managementformen z. B. in der Autoindustrie; ein Rettungspaket gegen globale und gesellschaftliche Ungleichheiten für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, globale soziale Rechte und ein soziales Europa. Mindestens! Dazu bedarf es konkreter Einstiegsprojekte und orientierender Perspektiven. Übrigens: Die zweitgrößte Exportnation der Welt, China, legt eine fast 500 Mrd. Dollar große Konjunktur- und Investitionsprogramm für den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen, Sozialsysteme und die Förderung grüner Technologien und Energien auf. Und was macht der Exportweltmeister?

Die tiefe der Krise und der Kampf um die Form ihrer Bewältigung wird für die nächsten Jahre bestimmend sein. Mithin markiert sie erneut einen historischen Bruch in der kapitalistischen Entwicklung. Die Rosa Luxemburg Stiftung startet in dieser Situation 2009 eine Initiative solidarische Gesellschaft, um mit Kooperationspartnern aus Zivilgesellschaft, Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien und Wissenschaft konzeptionelle Grundlagen und Einstiegsprojekte mit Blick auf die Transformation von Produktionsweise und Gesellschaft zu sammeln, zusammenzubringen, zu diskutieren, weiter zu entwickeln und zu bündeln.

Mario Candeias ist Referent im Institut für Politikanalyse der RLS.



Mario Candeias,
Rainer Rilling (Hrsg.)
Neues vom Finanzkapitalismus
Texte 55 der RLS
Karl Dietz Verlag Berlin
ca. 140 Seiten, Broschur
12,90 Euro
ISBN 978-3-320-02184-9
Erscheinungstermin:
Januar 2009

*Kurzfassung der Analyse
Volltext unter:
[http://www.rosalux.de/
cms/index.php?id=17536](http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17536)*



Büroleiterin Kathrin Buhl (2. von links) mit MitarbeiterInnen

Nachhaltigkeit und Demokratie

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung im südlichen Lateinamerika

Seit 2003 ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Regionalbüro in São Paulo vertreten, dass die Stiftungsarbeit in Brasilien, Argentinien, Chile und Uruguay koordiniert. Die RLS unterstützt in diesen Ländern Projekte lokaler Partner, überwiegend Nicht-regierungsorganisationen und soziale Bewegungen, veranstaltet aber auch selbst Seminare oder Konferenzen.

Ein thematischer Schwerpunkt ist die Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsmodells in der Region. Was sind die sozialen, ökologischen, politischen und kulturellen Folgen der großen, vorrangig exportorientierten Infrastrukturprogramme? Welche politische

Strategie verfolgen transnationale Konzerne in der Region und wie kann man diese beeinflussen?

So beobachtete unser Partner PACS (Instituto para Políticas Alternativas no Cone Sul) in Rio de Janeiro über einen längeren Zeitraum die Folgen der Errichtung eines Stahlwerks in der Bucht von Sepetiba. PACS brachte die Vergiftung der Bucht von Sepetiba an die Öffentlichkeit, nachdem Unregelmäßigkeiten bei der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung der Umweltauswirkungen festgestellt werden konnten, und klagte die Vernichtung der Existenzgrundlage von 8.000 Fischern an.

Gleichzeitig unterstützt die Organisation die Kämpfe der Fischerorganisationen um Entschädigung und um die Entwicklung von Alternativen für die ortsansässige Bevölkerung. Informationen werden gesammelt und den Betroffenen zugänglich gemacht, Kursangebote unterstützen die Motivation zur Selbstorganisation. Medienberichte über das Projekt tragen zur Diskussion und zur Kritik am Bau des Stahlwerkes bei. Ein Netzwerk Betroffener von zehn ähnlichen Projekten entlang der brasilianischen Küste hat sich gebildet.

Die RLS konnte in diesem Fall politische Akteure in Deutschland und dem südlichen

Amerika vernetzen und so den Kampf unterstützen. Inzwischen hat die Bundestagsfraktion der Linken eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, erste Kontakte zu Betriebsräten von Thyssen-Krupp sind geknüpft und die von den brasilianischen Partnern vorgeschlagene Kampagne zur Anerkennung der Fischerfamilien als Umweltflüchtlinge wird von Organisationen wie dem FDCL, attac, KoBra, ASW und Urgewald unterstützt.

In Argentinien werden ähnliche Prozesse begleitet. Im Mittelpunkt stehen hier die Bergbau- und Erdölindustrie, Fragen der Energieerzeugung und ebenso die Produktion von Monokulturen in der Landwirtschaft. Das Centro de Investigación y Formación de los Movimientos Sociales Latinoamericanos (CIFMSL) erstellt ebenso wie PACS Studien, um Informationen aufzuarbeiten, die mit den jeweiligen lokalen Aktivisten/innen diskutiert werden und so deren Kämpfe um eine sozial und ökologisch vertretbare und gerechtere Lokalentwicklung unterstützen.

Ein weiteres Thema ist die Verbesserung der politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Beteiligung von ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen – vor allem in den brasilianischen Großstädten. Kurse zur Kommunalpolitik, insbesondere für Frauen,

Unterstützung von Stadtteilorganisationen bei der Einklagung von grundlegenden Rechten wie Versorgung mit Wasser und Strom, Gewährleistung von Sicherheit, Zugang zu Bildung und Gesundheit, Förderung von selbstbestimmten Jugendprojekten sind nur einige der Instrumente unserer Partnerorganisation FASE. Gleichzeitig werden die Erfahrungen aus der tagtäglichen Basisarbeit in der Baixada Fluminense und in Recife in bundesstaatliche und nationale Foren eingebracht und mit staatlichen Stellen wie dem Ministerium für Stadtentwicklung diskutiert, um so auch die politischen Voraussetzungen für die Durchsetzung des »Rechtes auf Stadt« für alle zu schaffen.

In Uruguay begleitet unsere Partnerorganisation Casa Bertold Brecht seit Jahren die Umsetzung der von der Stadtverwaltung Montevideos verfolgten Politik der Dezentralisation und Partizipation, um vorhandene Spielräume zu nutzen und zu erweitern.

Von besonderem Interesse für linke Bewegungen und Parteien in der Region ist immer wieder das Leben und Werk Rosa Luxemburgs. Nachgefragt werden Publikationen ihrer Werke (es gibt nicht allzu viele, und mitunter sind die Übersetzungen nicht gut) aber auch das Interesse an Ihren Briefen, an dokumentarischem Material über ihr Leben

sowie Informationen über die Rezeption ihres Werkes in Deutschland und Lateinamerika ist groß. Die permanente Rosa-Luxemburg-Ausstellung im Stiftungsbüro in Sao Paulo trägt etwas dazu bei, dieses Interesse zu befriedigen. Seit September dieses Jahres ist sie auch in der Nationalen Bildungsstätte der Landlosenbewegung MST zu sehen. Ein weiteres Exemplar der Ausstellung »wandert« von einer Organisation, von einer Veranstaltung und von einer Stadt zur anderen. Der von uns 2008 produzierte Film »Rosa Luxemburg – A Flor e a Revolução«, ergänzt das Angebot.

Für die kommenden Jahre ist eine Verstärkung der bereits bestehenden Kontakte zu paraguayischen Organisationen geplant sowie der weitere Ausbau der Zusammenarbeit mit allen anderen RLS Büros insbesondere mit der Vertretung in Mexiko, um das bestehende Netzwerk für einen intensiveren Austausch und gemeinsames Lernen zu nutzen.

Büro São Paulo

Instituto Rosa-Luxemburg-Stiftung

Rua Ferreira de Araújo, 36. – Pinheiros

05428-000 São Paulo – Brasil

Tel. +55 11 3796-9901, Fax +55 11 3097-9014

www.rls.org.br

Büroleitung

Kathrin Buhl; Jahrgang 1961, Studium der Lateinamerikawissenschaften sowie Friedens- und Konfliktwissenschaften, Tätigkeit in verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, Büroleiterin seit August 2007

Aktivitäten in der Region

- Aufbau der Projektarbeit in der Region – derzeit existiert eine Vielzahl von Projektpartnerschaften mit Partnern in Brasilien, Argentinien, Chile und Uruguay
- 2003: Eröffnung des ersten Auslandsbüros der RLS in Pinheiros
- Seit 2007: Stiftungseigenes Haus in Alto de Pinheiros in São Paulo

Thematische Schwerpunkte:

- Formen sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung
- Demokratie und Partizipation
- Menschenrechte



Neues Regionalbüro der RLS in São Paulo



Foto: lu aembepo/flickr

Belém im Norden Brasiliens ist Ort des nächsten Weltsozialforums

Kathrin Buhl

Das Weltsozialforum 2009: ein kritischer Ausblick

Ende Januar findet im brasilianischen Belém das nächste Weltsozialforum statt. Welche Chancen bietet das Treffen? Gehen vom WSF noch neue Ideen aus oder hat es sich inzwischen überlebt?

Mit den politischen Rahmenbedingungen – für Lateinamerika vor allem der Amtsantritt diverser Mitte-Linksregierungen seit 2001 – und dem Erfolg des WSF hat sich auch das Teilnehmerspektrum geändert. Es spiegelt die Pluralität der linken Bewegungen wider und die Debatte darum, was unter Fortschritt zu verstehen ist. Steht das ökonomische Wachstum im Vordergrund? Oder eher das Prinzip »bem viver« (besser leben), wie es auch von vielen indigenen Bewegungen mit Bezug auf eigene kulturelle Traditionen und Fortschrittsoptionen betont wird. Oder ist

es die Auseinandersetzung zwischen Widerstand und Reform im Rahmen bestehender Verhältnisse, die am wichtigsten scheint?

Realistisch eingeschätzt kann das WSF keine Antworten geben, die die Linke nicht schon anderweitig erarbeitet hat. Trotzdem behält es seine Bedeutung als Ort des Dialogs. Das war – stark verkürzt – das Ergebnis einer Diskussion, die das brasilianische Büro der RLS im Vorfeld der WSF-Vorbereitungen organisiert hatte. »Vielleicht müssen wir uns von der Logik der Effizienz verabschieden.« sagte Gustavo Codas, Mitglied des Internationalen Rates, und ergänzt: »Wir brauchen einen Ort, einen Raum, um Erfahrungen auszutauschen, gemeinsam zu diskutieren. Wenn es die Sozialforen nicht gäbe, müssten wir andere Möglichkeiten suchen.«

Andere kritisierten die politische Unverbindlichkeit zwischen radikal systemkritischen Positionen gegenüber solchen, die eher auf eine »Globalisierung mit menschlichem Antlitz« setzen. Die thematische Fokussierung auf Fragen des Klimawandels sei dafür ein gutes Beispiel, so Maria Luisa Mendocça: »Geht es tatsächlich darum, das dem Klimawandel zugrunde liegende Wirtschafts- und Konsummodell in Frage zu stellen? Oder werden auf dem WSF nicht eher Möglichkeiten gesucht, einige Umweltschäden zu mindern?«

Die Frage der Autonomie und Glaubwürdigkeit des Forums wird auch mit der Finanzierung verbunden: die brasilianische Bundesregierung und die Regierung des Staates Pará stellen einen nicht unbedeutenden Teil der Mittel zur Verfügung. Aber, so Luiz Dalla Costa, Vertreter der Bewegung der von Staudämmen Betroffenen MAB: »Welche politische Botschaft vermitteln wir, wenn die Durchführung des WSF massiv von Regierungsmitteln abhängig ist – und diese Regierungen gleichzeitig Projekte für Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung vorantreiben? Werden sie den finanziellen Einfluss nicht nutzen, um allzu kritische Positionierungen zu verhindern?«

Ein WSF für Reiche?

Auch wenn der Veranstaltungsort Belém als Symbol für die thematische Ausrichtung (Klima, Amazonas, indigene Völker) unterstützt wird, bleibt das Problem, dass selbst für Mitglieder sozialer Bewegungen aus dem Amazonasgebiet eine Teilnahme praktisch nicht finanzierbar ist. Die schwierige infrastrukturelle Anbindung, zumal in der Regenzeit, macht aus dem Forum eine »Luxusangelegenheit«. Problematisch ist auch die Vorbereitung auf nationaler und regionaler Ebene, kann es sich doch kaum eine Organisation in ihrem Alltag leisten, personelle oder gar materielle Ressourcen für den aufwendigen Diskussions- und Abstimmungsprozess einzusetzen. Wird so das Forum zu einer sich selbst beschäftigenden Maschinerie, abhängig vom guten Willen in-

ternationaler Hilfswerke aus dem globalen Norden?

Nach Meinung vieler AktivistInnen hat sich das Modell inzwischen teilweise überlebt. Zu Beginn des Jahrzehnts waren die Foren ein wirkungsvolles Instrument, um ein Zeichen gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos und den Neoliberalismus im Allgemeinen zu setzen. Es war wichtig, den verschiedenen Akteuren der sozialen Bewegung eine Bühne und die Chance zum Austausch zu bieten und die gemeinsame Strategieentwicklung voranzubringen. Aber im Zeitalter der neuen Technologien, von Videokonferenzen und Livestreams, ist eine dezentralere Form von Sozialforen möglich geworden. Der internationale Aktionstag, der im Januar 2008 an vielen Orten der Welt gleichzeitig organisiert wurde, ist dafür ein zukunftsweisendes Beispiel.

Dennoch, ungeachtet der sehr kritischen Diskussion, bleibt das WSF ein Ort des direkten Austauschs, ein Moment, in dem viele Kämpfe für eine andere Welt Sichtbarkeit erlangen, ein wichtiger Treffpunkt, um Vernetzungen über Ländergrenzen hinweg zu stärken. Das spiegelt sich nicht zuletzt in den Erwartungen an die RLS. Es gibt großes Interesse und eine große Bereitschaft zur Mitarbeit an den bereits vorgeschlagenen Veranstaltungen »Kriminalisierung sozialer Proteste und sozialer Bewegungen«, »Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen«, »Die Rolle von brasilianischen transnationalen Unternehmen« und »Rosa Luxemburg – Bedeutung für die brasilianische Linke heute«. Darüber hinaus gibt es Anfragen nach Zusammenarbeit und finanzieller Unterstützung für eine Vielzahl von Veranstaltungen, die unsere Partner organisieren: Sozialismus und Feminismus, Rechte werktätiger Frauen, Energiepolitik, Wasser, Ernährungssicherheit, Berichterstattung in alternativen Medien.

Mit anderen Worten: die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird in Belém, gemeinsam mit vielen Partnern, das Weltsozialforum als Ort des Treffens, des Austausches, der politischen Diskussion nutzen!

Rosa Luxemburg Goes Europe

Am 10. Dezember 2008 wurde in Brüssel das neue Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der »Hauptstadt Europas« eröffnet. Den zahlreich erschienenen Gästen bot die Gastgeberin und Leiterin des neuen Büros Birgit Daiber ein ansprechendes und kulturell anspruchsvolles Programm. Besonders hervorzuheben ist der Vortrag des Publizisten und Theologen Friedrich Schorlemmer zum 60. Jubiläum der UN-Menschenrechtserklärung, in dem es sowohl um die Einheit und Unteilbarkeit der Menschenrechte ging, als auch um die Frage, wie viel Gewicht diese Freiheitsrechte haben können, wenn man die sozialen Rechte unberücksichtigt lässt.

Ein ganz besonderer Gast aus Somalia konnte gerade zu diesem Thema aus ihrer täglichen Erfahrung berichten. Asha Hagi Elmi von der Organisation Save Somali Women and Children (SSWC) hatte am Tag zuvor den Right Livelihood Award 2008 (auch bekannt als Alternativer Nobelpreis)

in Stockholm entgegengenommen. Die Eröffnungsreden hielten der Vorsitzende der Europäischen Linken, Lothar Bisky, und der Direktor der RLS-Auslandsabteilung, Helmut Markov.

Ziel der neuen Wirkungsstätte der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel ist es, fundierte Alternativen zum neoliberalen Modell vorzulegen und an der Reformierung der europäischen Idee weiterzuwirken. Die zentralen Themen sollen dabei soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftsdemokratie, zivile Strategien der Friedens- und Sicherheitspolitik und die Verwirklichung partizipativer Demokratie in allen Gesellschaftsbereichen sein. In Zusammenarbeit mit den Büros und Partnern der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Weltregionen wird das Büro Brüssel zugleich spezifische Fragen der Entwicklung einer gerechten Weltgesellschaft in die europäische Debatte mit einbringen, so Büroleiterin Birgit Daiber zur Eröffnung.

Neues Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel

Rosa Luxemburg Foundation
11, Rue Michel-Ange
1000 Bruxelles
daiber@rosalux.de
Tel. +32 2 738 7660
Fax +32 2 733 6273



Festredner bei der Eröffnungsfeier des Brüsseler Büros: Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer

Kathrin Herold, Bernd Hüttner

Pluralität und Netzwerkarbeit

Die Rosa-Luxemburg-Initiative, die RLS in Bremen

Foto: Norbert Schepers



Bernd Hüttner, Regionalmitarbeiter Bremen der RLS

Seit vielen Jahren ist die *Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e.V.* (RLI) ein aktiver Träger politischer Bildungsarbeit und findet dabei großen Zuspruch im gesellschaftskritischen Spektrum Bremens. Der Verein wurde im Juni 1999 gegründet und arbeitete lange Zeit auf rein ehrenamtlicher Grundlage. Anfang 2006 wurde dann das Regionalbüro Bremen mit einer Teilzeitstelle geschaffen. Mit dem Einzug der LINKEN in die Bremische Bürgerschaft 2007 gelang es der RLI als erster westdeutscher Landestiftung, eigene Mittel für politische Bildung aus dem Landeshaushalt zu erhalten (mit ca. 2.000 Euro jährlich allerdings in einem sehr überschaubaren Rahmen).

Inhaltliche und personelle Stärken hat die RLI bei den Themen der neuen sozialen Bewegungen, da diese von aktivistischen Linken in Bremen bearbeitet werden. Das Spektrum reicht von autonomen AntifaschistInnen und Kulturlinken über die Flüchtlingsolidarität und neomarxistische Intellektuelle bis hin zu linksliberalen ErinnerungsarbeiterInnen und zur feministischen Bewegung. Des Weiteren orientiert sich die Bildungsarbeit an aktuellen politischen Debatten und Ereignissen sowie an den programmatischen Debatten der linken Partei.

Die kontinuierlichen Schwerpunkte und wiederkehrende Themen ergeben sich aus den Interessen der Engagierten des Vereins und den Arbeitsfeldern seiner Kooperationspartner: Dies sind Antifaschismus; Antirassismus und Migration; Geschichtspolitik und Zeitgeschichte, hier insbesondere die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Erinnerungspolitik; Globalisierung und Internationalismus, neue soziale Bewegungen; Kapitalismus- und Neoliberalismuskritik, Theorie. Ein neues Feld ist die Kommunalpolitik und die Kompetenzvermittlung im Bereich der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die RLI in Bremen steht für emanzipatorische politische Bildungsarbeit, die strömungsübergreifend und offen ist. Vielfältige Kooperationen mit anderen Initiativen und Organisationen garantieren Bewegungs-

und Praxisnähe. Inhaltliche Schwerpunkte sorgen für kontinuierliche Auseinandersetzungen.

Der Verein wird von seinen 60 Mitgliedern, die aus unterschiedlichen linken Spektren in Bremen stammen, getragen. Die Arbeit der RLI spricht ein Publikum an, das sich eher bewegungsorientiert bis organisations-skeptisch verortet und daher durch Parteien in der Regel nicht erreicht wird. Durch ihre kooperative Arbeitsweise hat sich die RLI in der Linken ein gutes Standing erarbeiten können und gilt als Anlaufstelle, bei der Linke aus unterschiedlichen Strömungen zusammenkommen.

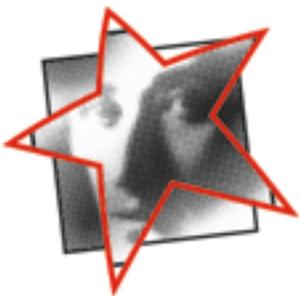
Das Programm der RLI wird durch Beirat und Vorstand zusammengestellt. Der Beirat besteht aus dem fünfköpfigen Vorstand und acht aktiven Vereinsmitgliedern. Auffällig an der Arbeit der RLI ist, dass der Anteil von in der Projekt- und Vereinsarbeit aktiven Frauen wie auch unter den TeilnehmerInnen deutlich überdurchschnittlich ist. Dies gilt weniger für Veranstaltungen, die sich enger auf die Linkspartei beziehen, hieran nehmen vorwiegend Ältere und Männer teil. Die Veranstaltungszahl liegt bei über 60 pro Jahr, die Teilnehmendenzahl bei mehr als 1500. Das Altersspektrum ist sehr breit, hat aber einen Schwerpunkt bei den unter 35-jährigen. Das Verhältnis der Geschlechter bei den Teilnehmenden ist insgesamt ausgewogen.

Ergänzend gibt es in Bremen einen *Rosa-Luxemburg-Club*, der mit dem Schwerpunkt politische Ökologie/Biopolitik sowie Globalisierungskritik eigene Zielgruppen anspricht.

Die RLI ist seit 1999 kontinuierlich im Stiftungsverbund der RLS aktiv, dort u.a. im Jugendbildungsnetzwerk, im SprecherInnenrat der Landesstiftungen und in einzelnen Themenlinien, v.a. Geschichtspolitik.

Kathrin Herold, Kulturwissenschaftlerin, ist seit 2005 Mitglied des Beirates bzw. des Vorstandes der RLI.

Bernd Hüttner, Politikwissenschaftler, ist seit 2006 Regionalmitarbeiter Bremen der RLS.



Rosa-Luxemburg-Initiative
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Bremen

Breitenweg 25, 28195 Bremen
Tel. +49 421 39096-20
Fax +49 421 39096 -21
info@rosa-luxemburg.com
www.rosa-luxemburg.com
Sprechzeiten Regionalbüro:
Di. und Mi. 10 bis 14 Uhr
Do. 10 bis 12 Uhr

Jörn Schütrumpf

Rosa im Grips

Brecht war an dem Stoff gescheitert. Rosa Luxemburg in einem Land, in dem die Herrschenden sich zwar auf sie beriefen, sie aber aus Angst vor ihren Auffassungen zugleich verleumdeten, hatte er begriffen, ging nicht. Selbst den liebenswert-harmlosen Rosa-Luxemburg-Film von Margarethe von Trotta mit der großartigen Barbara Sukowa in der Titelrolle ließen die Halbgebildeten noch 1985 nach wenigen Wochen wegschließen. Prädikat: Nichts für unsere Menschen.

Volker Ludwig, soeben für sein Lebenswerk mit DER FAUST geehrt, und Franziska Steiof haben nun für junge Leute ein eigenes ROSA-Stück auf die Bühne gebracht – im Grips-theater. Nein, sicher, Brecht ist es nicht; aber man ißt auch nicht jeden Tag Kaviar. Das hier ist ehrliche Hausmannskost, handfest und doch nicht jedem bekömmlich. Mir jedoch hat sie gemundet.

Die Autoren und das ganze Team entgehen der Luxemburgismus-Falle, die einst Jossif Stalin anfertigen ließ und in der bis heute immer noch viele Luxemburg-Freunde fest-sitzen, weil sie meinen, Rosa gegen diesen Unsinn verteidigen zu müssen und darüber nie zu dem kommen, was diese Frau wirklich gemacht hat. Die Grips-theater-Leute erzählen das Leben der Luxemburg so, wie es war – in der Liebe und in der Politik. Hier wird gegen den Strich gebürstet; man fühlt sich ein wenig an Robert Wilsons Leonce und Lena erinnert: frisch.

Es ist ein wirklich politisches Stück geworden (hier läßt Brecht in der Tat grüßen); alle relevanten Konflikte werden verhandelt: die polnische Frage, der Revisionismusstreit, die Massen-Streikdebatte, Rosas Kritik an Lenins und Trotzki's Terror.

Natürlich wird vereinfacht (Rosas eigene Entwicklung von einer dogmatischen Mar-

xistin zu einer souveränen Theoretikerin in Marxscher Tradition bleibt klugerweise ausgeblendet – das hätte das Stück ins Unge-nießbare überfrachtet); aber nichts wird sim-plifiziert – Aufklärung auf hohem Niveau, keine Agitation; nirgends.

»... und ich bleibe dabei, daß der Charakter einer Frau sich zeigt, nicht, wo die Liebe be-ginnt, sondern wo sie endet.«

Rosa Luxemburg

Die Ensembleleistung überzeugt. Doch zum Ereignis wird das Stück erst durch drei Frauen. Wie Regine Seidler die Luxemburg gibt, ja geradezu entfaltet, macht Staunen. Ob sie Rosas Brief an Kostja Zetkin vom 24. Dezember 1914 kennt – Rosa war fast tobsüchtig ob der chauvinistischen Besoffenheit auch vieler deutscher Arbeiter –, weiß ich nicht. Die Seidler spielt sie aber genau so: »Heute war ich im Opernhaus im Konzert, Beethovens Klavierkonzert war wunderschön. Während ich die Musik hörte, reifte in mir wieder der kalte Haß gegen das Menschenpack, unter dem ich leben muß ... Ich bin übrigens, wie immer im Leben, im ausgezeichneten Widerspruch mit dem, was ich tue. Da habe ich wieder vor, die Zeitschrift zu gründen, halte fünf Versammlungen in der Woche ab und arbeite für die künftige Organisation, dabei will ich aber innerlich nichts als Ruhe und Abschied für immer von diesem ganzen sinnlosen Treiben, ich brauchte jetzt nichts als Alleinsein mit Mimi und spazieren und lesen dürfen, wann es mir paßt, und für mich still wissenschaftlich arbeiten. Aber ganz mechanisch stürze ich mich wieder in Kampf und bereite mir ewige Unruhe vor.« Auch in Rosas Darstellung als Liebende und Geliebte folgt sie deren Maxime: »... und ich bleibe dabei, daß der Charakter einer Frau



sich zeigt, nicht, wo die Liebe beginnt, sondern wo sie endet.«

Nicht minder eindrucksvoll Michaela Hanser (die in mehreren Rollen auftritt) als Clara Zetkin. Nichts von der scheinbar geschlechtslosen, dafür gläubigen Bolschewistin (die die Zetkin natürlich nie war; man schaue nur in ihre Briefe), dafür eine Frau, die als die bekannteste Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frau nie vergaß zu leben – mit allen Fasern; das war lange vor EMMA.

Die größte Überraschung aber Kathrin Osterode als Luise »Lulu« Kautsky – lange Zeit neben Clara Zetkin Rosas engste Freundin. Wie sie die sinnlich-lebenspralle zweite Frau des SPD-Theoretikers Karl Kautsky gestaltet, hat mich sehr gefangen genommen. Nichts vom gern belächelten Heimchen, statt dessen eine lebenskluge Frau. In dem 1910 zwischen Rosa und ihrem Mann offen ausbrechenden Konflikt zeigt Kathrin Osterode Lulu als die Souveräne. Im ersten Moment irritierend, dann aber doch überzeugend.

Das Stück läuft bis zum 15. Februar 2009 im GRIPS Theater Berlin. Infos: www.grips-theater.de

Dieter Klein

Krisenkapitalismus

Wohin es geht, wenn es so weitergeht

Erster Band
der Reihe
»einundzwanzig«
erschienen



Prof. Dr. Dieter Klein (Jahrgang 1931) – Professur für Politische Ökonomie an der Humboldt-Universität, Direktor des Instituts für Politische Ökonomie, später Prorektor für Gesellschaftswissenschaften bis 1990, u. a. verantwortlich für den Aufbau der multidisziplinären Friedensforschung an der Universität. Seitdem bis Ende der neunziger Jahre Inhaber des Lehrstuhls Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität. Danach Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied ihres Vorstandes. Jüngste Veröffentlichungen: »Milliardäre – Kassenleere. Rätselhaftes Verschwinden des anschwelenden Reichtums«, 2006; »Zukunft statt Reformen. Arbeit für alle«, 2004; »Leben statt gelebt zu werden. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung«, 2003. Herausgeber der Reihe »einundzwanzig« zu möglichen Zukünften und ihren Herausforderungen, eingeleitet mit der hier vorliegenden Schrift.

Zwei Fragen werden in der ersten Publikation einer neuen Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung behandelt, deren Gegenstand mögliche Zukünfte in den nächsten Jahrzehnten sind.

In welcher Gesellschaft leben wir heute? Und wohin geht es, wenn es so weiter geht? Antworten darauf nehmen in jedem Kapitel zunächst die Form eines Blicks auf das Leben einzelner Menschen an: eines Hartz-IV-Empfängers, einer kolumbianischen Hausarbeiterin ohne legalen Aufenthalt, eines Bauernführers in Kamerun, einer von der Wasserprivatisierung betroffenen Südafrikanerin, eines mittelständischen US-Unternehmers, einer Mutter im Kongo, deren Kinder Opfer eines Massakers wurden. Welche Gesellschaftsstrukturen sind es, die zu den Lebensumständen dieser Menschen und Millionen anderer führen?

High-Tech-Kapitalismus, Finanzmarkt-Kapitalismus vor allem, Gesellschaft auf dem Weg in die Klimakatastrophe, globalisierter und imperialer Kapitalismus, in dem der Staat sich vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat wandelt, Ökonomie der Enteignung – jeder dieser Begriffe verweist auf wichtige Strukturen und Grundtendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus. Der Autor betrachtet sie als verschiedene, durch einen ausgeprägten Marktradikalismus verbundene Seiten des Neoliberalismus, einer neuen Entwicklungsphase, die den sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg abgelöst hat.

Hat der Neoliberalismus seinen Zenit bereits überschritten? Die Dialektik von Modernität und Entzivilisierung, von Stärken und Schwächen des Neoliberalismus, von Entwicklungspotenzialen und zerstörerischen Prozessen, von gestärkter Selbstverantwortung der Einzelnen und Selbstanpaasung an Kapitalinteressen führt zu gegensätzlichen Trends auf die Frage nach dem Wohin. »Wenn es so weiter geht«, werden verschiedene Varianten des Neoliberalismus zur Ver-

schärfung ungelöster globaler Großprobleme führen. Das wird eindringlich beschrieben. Nicht auszuschließen ist eine Zukunft weitgehender Entzivilisierung des Kapitalismus. Aber was sollte die zentrale geistig-politischen Botschaft der Linken sein, die sich als tragend für emnzipatorischen Alternativen erweisen könnte? Der Autor unterbreitet sein Angebot dafür.

»Selbstbestimmung der Einzelnen bedarf der Erneuerung der verlorenen Solidarität, um zu gedeihen. Dieser Zusammenhang wird uns in der gesamten Publikationsreihe »einundzwanzig« begleiten, die mit der hier vorliegenden Arbeit eröffnet wird.«



Dieter Klein
Krisenkapitalismus.
Wohin es geht, wenn es so weitergeht

Karl Dietz Verlag Berlin 2008

274 Seiten, Broschur, 19,90 Euro, ISBN 978-3-320-02165-8

Richard Müller

Der Mann hinter der Novemberrevolution

Von einem Richard Müller wissen zumeist nur noch Fachhistoriker, daß er in der Novemberrevolution von 1918 eine zentrale Rolle spielte: Richard Louis Müller (1880–1943) war als Leiter der »Revolutionären Obleute« wesentlich an der Vorbereitung des 9. November beteiligt. Im Deutschen Metallarbeiter-Verband, seinerzeit der größten Gewerkschaft der Welt, galt Richard Müller als der Anführer des linken Flügels. Schon die großen Berliner Massenstreiks der Jahre 1916 bis 1918 hatte er illegal organisiert.

In der Revolutionsregierung von 1918 war Müller Vorsitzender des »Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte«, also der Kopf des ranghöchsten Räteorgans. Formal war Richard Müller damit sogar das Staatsoberhaupt der »Deutschen Sozialistischen Republik« – einer Republik, die allerdings nur einige Monate unter diesem Titel firmierte und heute nur noch als »Weimarer Republik« in den Geschichtsbüchern verzeichnet ist.

Müllers Einfluss in Berlin überstieg 1918 bei weitem den von Karl Liebknecht, der über Müller scharf fluchen konnte, wenn er und die Spartakusgruppe sich wieder einmal in eine Nebenrolle verwiesen sahen. Das Kräfteverhältnis zwischen den Revolutionären Obleuten und der Nach-Liebknecht-KPD sollte sich freilich drehen. Unabhängiger Sozialismus und Räteystem, jene Prinzipien, die Richard Müller vertrat, wurden zwischen den Mühlsteinen von Sozialdemokratie und Marxismus-Leninismus zermahlen.

Anders als Liebknecht geriet deshalb Müller, obwohl er diesen überlebte und die entscheidenden Gründerjahre der Weimarer Republik mitgestaltete, in der breiten Öffentlichkeit in Vergessenheit. Trotzdem beeinflusst Müller bis heute noch das Denken der Historiker. Seine dreibändige Revolutionsgeschichte mit dem Obertitel »Vom Kaiserreich zur

Republik«, in den Jahren 1924 und 1925 erschienen, bildet die wichtigste zeitgenössische Revolutionsdarstellung aus marxistischer Sicht.

In den sechziger Jahren wurden diese Werke wiederentdeckt. Müllers Schriften beeinflussten in Form unzähliger Raubdrucke zuerst das Geschichtsbild der Studierendenbewegung, bevor sie ab 1974 auch mehrere »offizielle« Neuauflagen erlebten. Seine mitreißend geschriebene, von zahlreichen Originalquellen gestützte Trilogie fehlt heute in keiner Literaturliste zur Novemberrevolution und ist unentbehrliche Stütze vieler aktueller Darstellungen dieser Zeit.

Dennoch wusste man bisher kaum etwas über die Herkunft und den Werdegang ihres Autors. Diese Lücke wird mit der vorliegenden Arbeit geschlossen. Ralf Hoffrogge verfolgt Müllers Lebensweg von der Kindheit in der Thüringischen Provinz über die politische Karriere in Berlin bis zum Rückzug ins Privatleben in den dreißiger Jahren. Zahlreiche, auch in der Forschung bisher unbekannte Details zu Müllers Leben fügen sich hier erstmals zu einem Gesamtbild dieser historischen Persönlichkeit.

Ralf Hoffrogge
Richard Müller

Der Mann hinter der Novemberrevolution
mit einem Vorwort von Wolfgang Wippermann
aus der Reihe »Geschichte des Kommunismus
und Linksozialismus«, Bd. VII
Karl Dietz Verlag Berlin 2008

240 Seiten, Hardcover, mit 7 Abbildungen
19,90 Euro, ISBN 978-3-320-02148-1



»Dieser Krieg hat vielen unserer Kollegen den Kopf verdreht ... und Auffassungen aufkommen lassen, wie man es vorher nicht für möglich gehalten hat.«

Richard Müller





»Das Geld verdeckt die wahre Herkunft aller Reichtümer von der Arbeit, ruft beständige Preisschwankungen hervor und gibt daher die Möglichkeit zu willkürlichen Preisen, zu Prellereien und zur Ansammlung von Reichtümern auf Kosten anderer. Also fort mit dem Gelde!«

Rosa Luxemburg: **Einführung in die Nationalökonomie**
in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S. 730.